

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Walter Harrenberg

Sprechzeit: Montag-Freitag 9.30-12 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020

Postscheckkonto: Hamburg 114 07-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Artur Thomsen</i> Ein Wort vorweg.....	145
<i>Frederik Rudbeck</i> Wozu brauchen wir Grenzvereine in einer europäischen Gemeinschaft?	147
<i>Jörgen Detlefsen</i> Der Rundfunk und die Minderheiten	152
<i>Sigfred Jespersen</i> Radio/TV und die nationalen Minderheiten.....	157
Flensburger Erklärung der SPD	163
Grenzfriedensbund zur Flensburger Erklärung.....	166
Von der Schwierigkeit, Zeitgeschichte zu schreiben.....	167
<i>Rolf Jacobs</i> Carl Ferdinand Suadicani und Peter Willers Jessen.....	175
<i>Eckhard Bodenstein</i> Dänisch an den Schulen des Landes Schleswig-Holstein	183
<i>Gertrud von Hassel</i> Ausstellung Annemargret Howe/ Wilhelm Judith am 6. November 1981 in Apenrade.....	190
<i>Ingeborg Kähler</i> Dänemark und Deutschland 1864-1900	193
Umschau ab Seite 196	

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

EIN WORT VORWEG

Das Grenzfriedensheft 4/81 informiert, dokumentiert und kommentiert wie alle seine Vorgänger. Es bringt Historisches, wie z. B. einen Ausschnitt aus der Geschichte des Landeskrankenhauses in Schleswig und ein Interview zum Jubiläum des Deutschen Gymnasiums in Apenrade; es berichtet über den Stand des Dänischunterrichts in Schleswig-Holstein, über Kunstaussstellungen in Apenrade und Kiel sowie über den prominenten niederdeutschen Künstler und Wissenschaftler Ivo Braak. Das Heft veröffentlicht ferner die sog. Flensburger Erklärung, die vom Landesparteitag der SPD in Harrislee verabschiedet wurde; eine Erklärung, zu der wir gern anmerken wollen, daß sie mit den Leitlinien des Grenzfriedensbundes übereinstimmt. Das gilt auch für die grundsätzlichen Tendenzen der drei grenzpolitischen Aufsätze von Frederik Rudbeck, Sigfred Jespersen und Jörgen Dettelsen. Wir meinen, daß Äußerungen wie diese dazu beitragen, im Grenzland das Klima herzustellen und zu erhalten, das es für Deutsche und Dänen attraktiv macht, hier zu leben und zu arbeiten. Gerade Rudbecks Ausführungen, die er — wie Jespersen und Dettelsen — vor Jugendlichen auf dem Knivsberg vorgetragen hat, verdeutlichen ein paar grundsätzliche Probleme deutsch-dänischer Verständigung. Er sagt: „Wir erkennen die Kleinheit unseres Landes.“ Er betont den Willen der Dänen, „als Volk zu überleben“. Er fordert „Ebenbürtigkeit“ im Grenzland und erklärt: „Wir möchten gleichwertig sein in dem Gebiet, wo Deutsche und Dänen in einer ständigen Auseinandersetzung aufeinandertreffen.“ Der Wille zur Zusammenarbeit sei schon da, sagt Rudbeck, wenn Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitigen Respekts zu haben sei.

Die unverkennbaren Signale in diesen Äußerungen, die auf Verständigung

abzielen, sollten wir nicht übersehen. Vielleicht machen wir Deutsche uns nicht immer klar, wie sicher wir uns in einem Verband von — allein in der Bundesrepublik — ca. 60 Millionen Deutschen fühlen. Was uns — wenn überhaupt etwas — politisch in Atem hält, ist die deutsche Teilung und der Ost-West- Konflikt, der diese Teilung so dauerhaft macht. Die Dänen, ein Volk von 5 Millionen, haben nur eine Landgrenze: die nach Süden zu uns. Diese Grenze ist heute wohl fest; aber sie war umstritten, und über sie hinweg ist nicht nur Erfreuliches und Anregendes, sondern auch Schlimmes und Feindliches nach Norden gedrungen. Skepsis gegenüber dem großen, übermächtigen deutschen Nachbarn ist also wohl begreiflich. Wir sollten uns immer wieder neu bemühen, deutlich zu machen, daß sich in Deutschland seit 1945 wirklich einiges verändert hat. Daß die zweite Generation nach dem Kriege nicht mehr ausschließlich auf Schuld und Scham festgelegt werden möchte, wird man verständlich machen können. Daß aber Anzeichen eines neuen nationalen Selbstbewußtseins nicht gleichzusetzen sind mit neuer Aggressivität gegen unsere Grenznachbarn, werden wir glaubhaft machen müssen. Hierin sind wir wohl Beweise schuldig. Solche Zeichen unseres Verständigungswillens, unserer Bereitschaft zu Kooperation und guter Nachbarschaft sollten wir mit großer Geduld ständig bereithalten. Nur so machen unsere Nachbarn die Erfahrung, daß von Deutschland aus der Friede in Europa nicht mehr gefährdet wird; nur so werden sie ihre Skepsis überwinden. Diesen Prozeß können wir beschleunigen, indem wir politische, wirtschaftliche, kulturelle Kontakte pflegen, wo immer es geht. Kein falscher Stolz ist da am Platze. Frieden und gute Nachbarschaft sind zu wichtige Ziele. Für unsere Beziehungen zu Dänemark und zu den Dänen bedeutet das: Anerkennung und Respektierung dänischer Art, Werbung um Vertrauen zu uns Deutschen und zu Deutschland, das Angebot zur Zusammenarbeit und Partnerschaft. Damit geben wir nichts auf, damit verlieren wir nichts, im Gegenteil! Wir werden, was wir sein wollen: gute Nachbarn.

Artur Thomsen

Im Rahmen seiner historisch-politischen Arbeit hat der Jugendhof Knivsberg im ersten Halbjahr 1981 eine Vortragsreihe „Zur Lage an der deutsch-dänischen Grenze“ angeboten. Behandelt wurden aktuelle Fragen nördlich und südlich des Scheidebaches, u. a. Themen wie: „Landwirtschaft in der Krise — Krise in der Grenzregion?“, „Rundfunk im Grenzland — Welche Rolle spielen die Minderheiten?“, „Wozu Grenzverbände in einer Europäischen Gemeinschaft?“, „Wie verkaufen sich die Minderheiten? — Presse für das (im) Grenzland“, „Minderheiten im Grenzland — Wo drückt der Schuh?“

Als Referenten konnten namhafte Sachkenner gewonnen werden, und so meinen wir, daß es sinnvoll ist, die vorgetragenen Gedanken einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Zunächst haben wir drei Beiträge ausgewählt und drucken sie nachstehend mit der freundlichen Genehmigung der Autoren ab.

Jörgen Detlefsen ist Mitarbeiter beim Norddeutschen Rundfunk, Studio Flensburg, und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Minderheitenfragen und Skandinavienberichterstattung.

Sigfred Jespersen ist Mitarbeiter von Danmarks Radio, Radio Syd, spezialisiert auf Minderheiten- und Grenzlandfragen und im übrigen Vorsitzender der Deutsch-Dänischen Grenzlandpressekonferenz.

Frederik Rudbeck ist Reisesekretär von „Grænseforeningen“, dem größten dänischen Grenzverband.

FREDERIK RUDBECK

Wozu brauchen wir Grenzvereine in einer europäischen Gemeinschaft?

Man kann mit einigem Recht behaupten, daß die dänischen Grenzvereine ihr Entstehen dem Unglück von 1864 verdanken. Sollte Dänemark auch als Volk überleben, gehörte dazu auch die Unterstützung des verlorenen Sønderjyllands und dadurch die Rückgewinnung eines Glaubens an die dänische Zukunft.

Doch es gab auch eine tiefere Ursache, das volkliche Erwachen, das in Dänemark mit einem allgemeinen volklichen Aufbruch begann, beeinflußt von den liberalen Strömungen, die aus Europa zu uns kamen und besonders von Grundtvig in jenen erbaulichen Versammlungen gepflegt wurde, welche Grundlage für das Engagement der Bevölkerung in der nationalen Arbeit wurden, die nach 1864 begann und besonders durch die Schulen und die volkliche Jugend- und Vereinsarbeit gestärkt wurde.

Wenn auch die dänische Politik in der Frage Sønderjyllands vorsichtig abgestimmt war und Revanche-Gedankengut in jeglicher Form verbannt wurde, lebte in großen Teilen des dänischen Volkes doch der Glaube und die Hoffnung an eine zukünftige Wiedervereinigung, vor allem mit Nordschleswig, weiter, auch wenn die Aussichten hierauf gering waren, ja, bis 1914 nahezu minimal.

A. D. Jørgensen schrieb 1882 in „40 Fortællinger af Fædrelandets Historie“: Gottes Wege sind unergründlich. Das schwere Los, das er dem dänischen Volk bereitere, war für einige in vieler Hinsicht Stärkung, Erweckung, Verinnerlichung der Liebe zum Vaterland und Stärkung des schwachen Bewußtseins des Volkes, und führte zur Entfaltung seiner reichsten geistigen Fähigkeiten. Aber es waren die Südjüten selbst, die die ersten Vereine als Heimatvereine für ausgewiesene und Fördervereine für ausgewanderte Südjüten gründeten. Die Hilfe für Sønderjylland war jedoch bescheiden: Büchersammlungen und ein paar Nachschulen; aber es war doch eine moralische Unterstützungsaktion, der sich nach und nach etliche tausend im ganzen Land anschlossen.

Hinzu kommt, daß dies kein vom dänischen Staat unterstützter Kurs war. Als Kuriosum kann erwähnt werden, daß relativ kleine Beträge über Einzelpersonen in die Arbeit geschleust wurden. Oder: Als das Handbuch über die schleswigsche Frage 1908 geschrieben wurde, durfte der Verfasser, Redakteur Fr. von Jessen, keinen offiziellen und schriftlichen Dank für das Exemplar, das er dem Außenministerium gesandt hatte, annehmen, sondern nahm über einen Boten einen mündlichen Dank entgegen. Es herrschte eine Heimlichkeitenpolitik (tys-tys Politik), was Sønderjylland anging. Aber es waren ja auch Zeiten, in denen Europa ganz anders gespalten und Deutschland unser Nachbar war, gegenüber dem das kleine Zweidrittel-Dänemark eine natürliche Furcht hegen mußte.

Die Situation änderte sich 1920. Das offizielle Dänemark band sich mit dem Versprechen „Ihr sollt nicht vergessen werden“ an Südschleswig. Dies war ein volkliches Versprechen für eine kulturelle Unterstützung — unabhängig von der Grenze. Dennoch hielt dieser Kurs ganz bis 1945 und war Leitfaden für einen überwiegend privaten Einsatz, besonders von „Grænseforeninger“ getragen, welcher 1920 die Nachfolge der durch den Grenzstreit gespaltenen, vereinigten südjütischen Vereine antrat. Die staatliche Förderung wurde ganz bis 1956 über den Ausschuß zur Förderung der dänischen Sprache und Kultur im Ausland gegeben. In diesem Jahr wurde Jörgen Jørgensen Leiter des ersten Vier-mann-Ausschusses, der seitdem die staatlichen Zuwendungen an Südschleswig bewilligt.

Wieder war es eine volkliche Initiative, die durch Sammlungen, Patenschaften und Ferienreisen für Kinder die Arbeit trug. Dieses Prinzip hat sich auch nach 1945 nicht geändert, wenn auch die staatliche Förderung und das staatliche Engagement sich wesentlich vergrößert haben. Es ist bezeichnend, daß von etwa 175 Millionen Kronen des dänischen Staates für Südschleswig etwa 25 Millionen Kronen über „Grænseforeninger“ laufen, dessen Sammlungen und Leistungen die eigentliche Grundlage für die staatlichen Zuschüsse bilden. Wie J. O. Krag einmal zu dem deutschen Vorwurf einer staatlich unterstützten Danisierung in Südschleswig bemerkte, folgt der Staat dem Einsatz der Bevölkerung, und dies

unabhängig von Glistrup.

Hier liegt wohl der ganz wesentliche Unterschied zwischen deutscher und dänischer Grenzlandsarbeit. Man kann gewiß anführen, daß die ca. 65 000 Mitglieder von „Grænseforeningen“ nur ca. ein Promille der Gesamtbevölkerung ausmachen. Es werden jedoch noch immer im ganzen Land drei Millionen Kronen gesammelt, von denen 2,5 Millionen der Arbeit in Südschleswig zugute kommen. Man kann auch fragen, ob diese ganze Arbeit in Übereinstimmung mit dem europäischen Geist stehe. Hofft Dänemark in seinem Innersten noch darauf, daß eines Tages eine Grenzverschiebung kommt? Handelt es sich um eine Form von verschleiierter Kulturoffensive, deren Endziel ein Dänemark bis zur Eider ist?

Die Zielsetzung des „Grænseforeningen“ lautet: Das Ziel des Vereins ist eine Unterstützung der dänischen Interessen in Sønderjylland, insbesondere südlich der Grenze.

Nordschleswig wird deshalb auch nicht vergessen, auch wenn heute nur kleine Beträge auf dieser Seite der Grenze aufgewendet werden. Doch es liegt auch etwas Tieferes in dieser Unterstützung des Dänentums, etwas, daß mit einer modernen europäischen Einstellung zu tun hat, ausgehend von einem Ausspruch des spanischen Freiheitsdichters und Europäers Salvador de Madariaga, „daß die Nationaltypen der verschiedenen Nationen Europas köstlicher Schatz sind und wir darauf bedacht sein müssen, diesen Schatz zu bewahren.“

Wir müssen zuerst wir selbst sein — aber nie uns selbst genug — um etwas für die anderen in dieser großen Gemeinschaft leisten zu können.

Einer der ehemaligen Vorsitzenden von „Grænseforeningen“ hat einmal gesagt: „Ein nationaler Einsatz ist ein Beitrag zu einem international verbesserten Verhältnis. Darum muß das Hervorrufen und Festhalten eines Verantwortungsgefühls und Engagements der Bevölkerung im nationalen Einsatz eine Zielsetzung sein, deren Perspektive über das Grenzland hinausreicht.“ Auch bei diesen Worten spürt man die europäische Erkenntnis und Verpflichtung.

Hier sind wir vielleicht bei einem zentralen Punkt der dänischen Grenzlandsarbeit. Wir erkennen die Kleinheit unseres Landes. Wir haben bittere Erfahrungen gemacht, wie es gehen kann, wenn wir uns national passiv verhalten. Hier kann das Grenzland auch zu einer Inspiration werden, den nationalen Einsatz zu erhalten, der ein Ausdruck für Dänemarks Fähigkeiten in einer großen Gemeinschaft sein soll, aber auch für die Erkenntnis, daß für uns im Grenzland eine wesentliche europäische Aufgabe liegt, an der Nahtstelle zwischen dänisch und deutsch.

Darum besteht ein Zusammenhang zwischen der dänischen Grenzpolitik und der dänischen Art zu leben, der Wille, als Volk zu überleben, aber auch der Wille zur Zusammenarbeit, wenn sie auf der Grundlage gegenseitigen Respekts geschieht. Vielleicht hat man es in Zeiten des Unfriedens leichter als bei den milden Winden,

die man im Grenzland heute verspürt. Es kommt vor, daß einige denken, es gehe viel zu gut, daß eine Fahne am schönsten im Gegenwind flattert, aber das kann auch teuer werden. Auch das hat uns die Erfahrung gelehrt.

Nach dem Beitritt Dänemarks zur EG haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß viele meinten, wir würden uns selbst verraten. Hier geschah eine große und deutliche Veränderung in der Auffassung von unserer Aufgabe als Volk in dem größeren Zusammenhang. Aber sollen die fernen Ziele erreicht werden, dürfen die nahen nicht vergessen werden. Auch das wird erkannt; und wir merken in diesen Jahren in „Grænseforeningene“ ein neu erwachendes Verständnis für die Notwendigkeit der Arbeit im Grenzland. Es ist nicht mehr nur die Generation von 1920 oder 1945, sondern auch die Jugend beginnt, dies zu verstehen.

In der Hauptsache ruht die ganze Arbeit noch immer auf einem volklichen Verstehen und Mitleben — durch die Unterstützung der Sammlungen am Düppeltag oder „Det sønderjydske Lotteri“, die allein über eine Million Kronen jährlich für die Arbeit einbringen, aber auch durch Freundschaften auf ganz privater Basis, die die alten Patenschaften abgelöst haben, in die weder Ämter noch Kommunen einbezogen sind, oder durch die Ferienkinder-Arbeit, die Familien auf beiden Seiten der Grenze verbindet.

Dr. Werner Schmidt schrieb vor kurzem in der Zeitung „Schleswig-Holstein“: Bei unseren dänischen Nachbarn ist die natürliche Verteilung von Staat und Gesellschaft deutlicher zu erkennen. Das, was als neue und langfristig angelegte Kulturoffensive vom Norden bezeichnet werden muß, wird von gesellschaftlichen Kräften getragen, von Vereinen, Verbänden, Einzelpersonen, Wirtschaftsunternehmen, privaten Geldgebern, Leserbriefschreibern. Die dänischen Grenzvereine zählen Zehntausende von Mitgliedern, die Millionenbeträge aufbringen und über die Grenze transferieren — in bar oder in Form bunter Blätter.“

Dr. Werner Schmidt hat mit seinen Behauptungen vollkommen recht. Selbst „Slesvigland“ ist ein vollkommen privat finanziertes Unternehmen, ob man es nun mag oder nicht. Doch man muß ein Fragezeichen setzen, ob dies nun eine Kulturoffensive ist oder nicht, eher eine defensive Verteidigung der dänischen Identität.

Eins ist klar: „Grænseforeningene“ — und dies gilt vielleicht nicht für alle anderen Grenzlandorganisationen — hat immer den Kurs der offiziellen dänischen Politik verfolgt. Präsident Holger Andersen, vielleicht einer der ersten wahren Europäer, sprach einmal über die langfristigen Leitlinien im Grenzland. Hiermit sind nicht die täglich wechselnden aktuellen Situationen gemeint oder die Wandlungen über Jahrzehnte. Hier ist an die Leitlinien gedacht, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben und in die Zukunft hineinragen.

Darum werden die Grenzlandorganisationen auch in unserer modernen, mehr

europäisch eingestellten Zeit nicht verschwinden oder entbehrlich werden. Die Grenzlandorganisationen erfüllen durch die Stärkung des Dänentums im Grenzland eine nationale Aufgabe, die auch europäische Bedeutung hat und deshalb nicht im Widerstreit zu einem wahren europäischen Verständnis steht, das ja gerade auf gegenseitiger Toleranz und Gleichberechtigung zwischen den Völkern beiderseits der Grenze basiert, und das deutlich durch das Klima zum Ausdruck kommt, das gerade in diesem Grenzland geschaffen wurde, und das jeder von uns in gegenseitiger Toleranz und Verständnis mitprägen kann, statt einander mit Mißtrauen und Unverständnis zu begegnen.

Wir möchten gleichwertig sein in dem Gebiet, wo Deutsche und Dänen in einer stetigen Auseinandersetzung aufeinander treffen und wünschen, das volkliche Gleichgewicht zu bewahren als bestes Mittel, um gegenseitiges Verständnis auszubauen. Auch dies steht nicht im Widerspruch zu einer europäischen Linie.

Wir würden selbst darunter leiden, und das ganze gegenseitige Verständnis würde darunter leiden, wenn der eine Teil, der schwache und kleinere, der dänische, nicht selbst dafür sorgen würde, sich in der Konkurrenz mit dem großen Nachbarn zu behaupten. Wir fühlen einfach, daß die dänische Nation ohne das Dänentum Südschleswigs weniger widerstandsfähig wäre, da wir mit etwas Ausverkauf treiben würden, was wir selbst sind. Das kann auch nicht im europäischen Interesse liegen, das eben auf der Zusammenarbeit gleichgestellter und gleichberechtigter Nationen beruht.

Wir wünschen Ebenbürtigkeit im Grenzland. Doch das erfordert einen stetigen dänischen Einsatz. Zu diesem Einsatz fühlen sich sowohl der dänische Staat als auch „Grænseforeninger“ verpflichtet. Hier sollten wir ungern versagen. Versagen wir hier, verraten wir uns auch als Volk und damit auch Europa. Das hat nichts mit falsch verstandenem Nationalismus zu tun, aber es ist eine nationale dänische Aufgabe in Übereinstimmung mit der historischen und volklichen Tradition des dänischen Volkes und in voller Übereinstimmung mit den Grundlagen europäischen Denkens.

Um mit A. D. Jørgensen zu schließen: Es muß nur ein Pfand für bleibenden Frieden und gutes Verstehen zwischen den verwandten Völkern nördlich und südlich der nationalen Grenze werden, die durch die jahrhundertelange Entwicklung gesetzt wurde; und es ist nicht unsere Sache, damit ins Gericht zu gehen. Das wurde 1882 gesagt. Es ist auch die heutige Linie von „Grænseforeninger“.

Der Rundfunk und die Minderheiten

Der Rundfunk, und damit ist hier im wesentlichen der Hörfunk gemeint, hat, so wird festgestellt, wieder eine Zukunft, und das haben auch die beiden Minderheiten im Grenzland offenbar entdeckt; das zeigt ihr Run auf die Gremien, sowohl auf die des Norddeutschen Rundfunks als auch von Danmarks Radio. In den elektronischen Medien der beiden Länder herrscht Aufbruchstimmung, es geschehen Umwandlungen, und da gilt es für die Minderheiten aufzupassen, auf dem laufenden zu sein und Chancen zu nutzen.

Der NDR hat als öffentlich-rechtliche Anstalt die Pflicht, die Hörer und Seher in seinem Sendegebiet zu informieren, zu beraten und zu unterhalten. Das ist gesetzlich festgelegt. Dazu unterhält der NDR eine Reihe von Funkhäusern und Studios, und dem Studio Flensburg war seit jeher die Aufgabe zugewiesen, über das Grenzland und für das Grenzland zu berichten.

Als das Studio 1950 nach einigen Vorläufern offiziell errichtet wurde, hatte der Grenzkampf neuer Prägung zwar schon seinen Höhepunkt fast überschritten; als aber der damalige NWDR-Generaldirektor Adolf Grimme in seiner Einweihungsrede erklärte, das Studio solle keinen deutschen Frontposten in dieser Auseinandersetzung darstellen, sondern durch Information zur Verständigung über die Grenze hinweg beitragen, und der erste Studioleiter Thomas Viktor Adolph dies dem damaligen Tageblatt-Chefredakteur Dr. Hanno Schmidt kundtat, wies dieser ihm die Tür. Trotz der hehren Zielsetzung war das Studio natürlich auch als eine deutsche Kulturinvestition im Grenzland zu betrachten, aber das ist lange her.

Der NDR ist der ursprünglichen Zielsetzung treu geblieben, und allen Unkenrufen zum Trotze fährt er keine Kulturoffensive. Natürlich soll nicht verheimlicht werden, daß allein die Existenz von NDR-Hörfunk und -Fernsehen, begünstigt von der Natur der Ätherwellen, die sich nicht um Grenzsteine und Schlagbäume scheren, einen Faktor im Grenzland ausmacht. Nur so viel über die Existenz des deutschen Rundfunks in der dänischen Atmosphäre und über die vielzitierten Gefahren: ein Däne empfängt in der Zeit, in der er den NDR hört oder sieht, nicht Danmarks Radio.

Andererseits tragen wohl die dänischen Warnungen hinsichtlich des NDR im wesentlichen die Adresse der Bosse, die auf der Geldkasse in Kopenhagen sitzen, um sie dazu zu bringen, mehr Mittel für dänische Rundfunkinvestitionen im Grenzland herauszurücken.

Der NDR hat von Anfang an den Minderheiten seine Aufmerksamkeit geschenkt, aus Verpflichtung und aus journalistischem Interesse. Grundsätzlich sollte

hervorgehoben werden, daß die Minderheiten, wollen sie im Rundfunk berücksichtigt werden, immer dann die besten Erfolge erzielen, wenn sie nach journalistischen Kriterien — um es einmal salopp zu formulieren — „eine gute Story abgeben“. Zwar kann man durch feierliche Appelle oder geschickten Lobbyismus viel ins Programm drücken, jedoch zeigt es sich immer wieder, daß Gesendetes bei dem Publikum eher auf Interesse stößt, wenn es eben interessant ist, was da gebracht wird, als wenn es als Pflichtübung absolviert wird. Da kann man ruhig mal negativ in Erwähnung kommen oder in Erscheinung treten, Hauptsache man ist im Gespräch. Denn nichts ist tödlicher als die Nicht-Erwähnung. Die Minderheiten dürfen sich dennoch gern bemühen, die Aufmerksamkeit der Journalisten auf sich zu lenken; uns kann doch mal etwas entgehen, auch wenn wir unsere Spürnase immer in den Wind hängen. Eine Story wird nicht unbedingt dadurch schlechter, daß wir auf sie gestoßen werden. Deshalb ist es nicht von unbeträchtlichem Wert, daß die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig sich endlich dazu aufgerafft hat, einen Pressedienst herauszugeben, nach dem Motto: „So ein Ding müssen wir auch haben!“ Denn Sydslesvigsk Forenings Poesstetjeneste gibt es schon seit längerem.

Die Minderheiten im Grenzland gehören zu den liebsten Kindern des NDR und besonders des Studio Flensburg. Was wären wir, wenn wir sie nicht hätten? Wir berichten über sie einerseits, weil sie zu den Tatsachen in unserem Sendegebiet gehören und unser Publikum über sie informiert werden soll, nicht nur hier im Norden sondern im NDR allgemein. Andererseits berichten wir aber auch über die Volksgruppen, weil sie wie alle anderen relevanten Gruppen einen Anspruch darauf haben, daß ihr Dasein und ihre Freuden und Sorgen im Programm zur Geltung kommen.

Nun gibt es ja zwei Minderheiten im Grenzland, und obwohl es sich wahrscheinlich gar nicht umgehen läßt oder es eine Selbstverständlichkeit ist, daß der Norddeutsche Rundfunk eine besondere Beziehung zur deutschen Volksgruppe in Nordschleswig hat, wird die Aufmerksamkeit gerecht verteilt.

Wobei ich gleich noch einmal daran erinnern möchte, daß das nach dem Nachrichtenwert passiert, und, um einen falschen Eindruck zu vermeiden, nicht aus irgendeiner Gönnerhaltung. Die steht uns nicht zu, sondern wir tun eben unsere Arbeit als Journalisten.

Die Berichterstattung über die beiden Minderheiten soll hier einmal mit ganz nüchternen Zahlen belegt werden.

Im Hörfunk wurden in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1980 gesendet: über die deutschen Nordschleswiger 18 Beiträge, über die dänischen Südschleswiger 21 Beiträge, und beide Minderheiten betreffend 18 Beiträge.

Für die beiden Monate Januar und Februar 1981 ergeben sich folgende Zahlen: Deutsche Nordschleswiger 15 Beiträge, dänische Südschleswiger 6 Beiträge, und

beide Minderheiten betreffend 4 Beiträge.

Im regionalen Fernsehen wurden gebracht vom 1. Juli bis 31. Dezember 1980: über die deutschen Nordschleswiger 2 Beiträge, über die dänischen Südschleswiger 2 Beiträge.

Im Januar und Februar 1981 wurden in der neuen Sendung „Schleswig-Holstein-Forum“ bisher 2 Beiträge gesendet, die beide Minderheiten betrafen.

(Aktuelle Ergänzung: Im Laufe des Jahres 1981 hat sich noch eine bemerkenswerte Steigerung der Zahl der Beiträge über die Minderheiten gezeigt.) Ausgewogener und intensiver geht's wohl kaum, sowieso sollte man an diese Frage nicht mit der Briefwaage, dem Zentimetermaß und der Stoppuhr herangehen. Die Berücksichtigung der Minderheiten ist mindestens ausreichend, was aber nicht heißen soll, daß es nicht möglich wäre, noch den einen oder anderen Beitrag ins Programm zu bringen.

Die deutsche Volksgruppe besitzt den Status, daß sie zwar nicht im Sendegebiet des NDR lebt, aber ganz natürlich zu seinem Publikum im aktiven wie im passiven Sinne gehört. Meines Erachtens hat die deutsche Volksgruppe zwei Erwartungen an den NDR zu richten: Einerseits, daß er über ihr Dasein berichtet, andererseits, und das dürfte mindestens ebenso wichtig sein, daß er ihren Angehörigen das Zeitgeschehen in Deutschland nahebringt. Wobei letzteres gewiß an den deutschen Nordschleswigern liegt, denn der NDR veranstaltet keine Sendungen mit einer direkten Botschaft, mit einer direkten Ansprache an Hörer im Ausland. Wir bemühen uns auch, — obwohl natürlich nicht ganz zu umgehen ist, daß mancher Beitrag das doch tut —, uns nicht in innerdänische Verhältnisse, in dänische Innenpolitik einzumischen.

Die Berichterstattung über die deutsche Volksgruppe ist natürlich auch vom großen Strukturwandel im NDR betroffen. Das regionalisierte Programmangebot ist stark erweitert worden, das heißt, es steht mehr Zeit für die Berichterstattung über beide Minderheiten zur Verfügung. Das ist schön und gut, aber auf eine Gefahr muß man dennoch aufmerksam machen: Regionalisierung heißt ja, daß nur das Publikum in Schleswig-Holstein in den Genuß der vermehrten Erwähnung der beiden Minderheiten gelangt, während das übrige Sendegebiet auf dem alten Stand bleibt, ja vielleicht sogar weniger abbekommt, weil sich durch die Aufteilung in Länderprogramme unwillkürlich ein Zentrifugaleffekt ergeben hat. Fazit: das meines Erachtens wichtige Wachhalten des Bewußtseins auch in Hamburg und südlich der Elbe von der Existenz und von den Problemen der deutschen Volksgruppe wird beeinträchtigt; da war es bislang schon nicht zum besten bestellt.

Das Engagement für die Belange der deutschen Volksgruppe sollte nach meinem Verständnis nicht nur ein Anliegen der Schleswig-Holsteiner sein, bei denen es ja auch südlich des Kanals, um nicht zu sagen südlich der Eider, schon oft an

Kenntnis, geschweige denn Verständnis mangelt.

Ohne Zweifel stellt die Strukturreform beim NDR aber eine Chance für die deutschen Nordschleswiger und die dänischen Südschleswiger dar. Nach meiner persönlichen Einschätzung ist es für die Minderheiten mindestens ebenso wichtig, wenn nicht gar wichtiger, eine Fülle von Beiträgen denn Sitze in Gremien zu erzielen. Letzteres steht aber natürlich im Zusammenhang mit ersterem. Der Vorsitzende des Südschleswigschen Vereins, Ernst Vollertsen, hat durch seine Mitgliedschaft im NDR-Rundfunkrat schon einiges in Bewegung gebracht und Nachdenken angeregt.

Nun hat die deutsche Volksgruppe abermals gesagt: „So ein Ding wollen wir auch haben“, und unter anderem einen Sitz mit Beobachterstatus im NDR- Rundfunkrat beantragt. Obwohl ich ihr bei diesem Vorhaben viel Erfolg wünsche, wage ich zu bezweifeln, ob das gelingt. (Aktuelle Anmerkung: Bis November 1981 hat sich da nichts getan.) Der Bund deutscher Nordschleswiger bezieht sich bei seinem Antrag auf den § 4 des neuen NDR-Staatsvertrages, in dem es heißt: „Der NDR erfüllt seine Aufgaben im Rahmen des geltenden Rechts auf der Grundlage der verfassungsrechtlich garantierten Rundfunkfreiheit unter Mitwirkung der bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen im Sendegebiet.“ Und da hält sich die deutsche Volksgruppe kühn für eine solche Kraft oder Gruppe. Alle Achtung! Das soll nicht negativ gemeint sein. Hinzuweisen wäre aber darauf, daß es im § 1 des Staatsvertrages heißt: „Der NDR ist eine gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts zur Veranstaltung von Rundfunksendungen in den Ländern Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein (Sendegebiet).“ Und im § 16 über die Organe des NDR steht: „Dem Rundfunkrat und dem Verwaltungsrat darf nur angehören, wer zu gesetzgebenden Körperschaften der Länder wählbar ist und im Sendegebiet wohnt.“

Dann wäre noch zu erwähnen der § 9 des Staatsvertrages über die Versorgungspflicht: „Der NDR hat sicherzustellen, daß sein Sendegebiet gleichwertig versorgt wird.“ Und § 7. „Der NDR ... hat sicherzustellen, daß die bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen im Sendegebiet im Gesamtprogramm des NDR angemessen zu Wort kommen.“

Von Sitzen mit Beobachtungsstatus ist im NDR-Staatsvertrag keine Rede. Der springende Punkt ist wohl der Begriff „Sendegebiet“. Bei allem Wohlwollen muß man sehen, daß die deutsche Volksgruppe in dem eben definierten Sendegebiet nicht wohnt. Vonseiten des Bundes deutscher Nordschleswiger operiert man mit dem Begriff „Empfangsgebiet“, der im Staatsvertrag nicht vorkommt.

Ohne Zweifel aber werden die deutschen Nordschleswiger zum Publikum des NDR gezählt. Nicht auszuschließen wäre sicher, daß eine Sonderregelung für die

deutsche Volksgruppe getroffen wird, vielleicht in der Geschäftsordnung des Rundfunkrates; wobei ich noch einmal darauf hinweisen möchte, daß dies persönliche Ausführungen meinerseits, nicht des Norddeutschen Rundfunks sind. Kaum zu erwarten ist wohl, daß die deutsche Volksgruppe irgendeinen Verein oder eine Organisation findet, die ihr einen Sitz abtritt, — großzügigerweise, wie es die SPD dem Südschleswigschen Verein gegenüber getan hat. Andererseits hört man mit Interesse, daß die Mitgliedschaft im Rundfunkrat von Danmarks Radio eher möglich erscheint. Die deutsche Volksgruppe ist ja schon im Kreis-Programmeirat für Sønderjylland von Danmarks Radio vertreten. Das sollte nach dem Gedanken der Volksgruppe von der Integration in die dänische Gesellschaft auch eher das relevante Gremium sein, wenngleich die Identifikation mit der deutschen Kultur selbstverständlich ebenso wichtig ist. Ganz gleich, wie nun der Wettlauf um die Gremienplätze ausgeht, möchte ich versichern, daß der NDR auch in Zukunft die Situation der beiden Minderheiten mit Interesse verfolgen und schildern wird. Um es noch einmal zu sagen: Sich in Erinnerung bringen und Beweise der eigenen Existenz und der eigenen Lebenskraft liefern, können die Volksgruppen am besten durch regelmäßiges Auftauchen in den Programmen. Die deutsche Volksgruppe wird auch ohne Vertretung in Rundfunkräten, sei es nun in Kopenhagen oder Hamburg, leben können.

Radio/TV und die nationalen Minderheiten

Die für heute abend vorgesehene Diskussion wird natürlich mit der Frage enden, wer von wem gut oder schlecht behandelt wird. Ich möchte gern mit der Feststellung beginnen, daß ich nicht im Namen von Danmarks Radio spreche. Sollte ich das eine oder andere Mal der zu erwartenden Kritik Zugeständnisse machen, kann daraus keine Forderung gegenüber Danmarks Radio abgeleitet werden.

Wenn wir die engste Auslegung der Geschäftsordnung von Danmarks Radio zugrunde legen, dürfte ich heute abend nicht einmal hier sein.

In § 47 heißt es nämlich: Die Mitarbeiter von Danmarks Radio dürfen nicht ohne Erlaubnis des Generaldirektors — und die habe ich nicht — gegenüber der Presse oder in anderer Weise öffentlich Stellung nehmen zu den Verhältnissen bei Danmarks Radio, abgesehen von Erklärungen über den tatsächlichen Betrieb. Ich habe mich entschieden — wie viele Kollegen vor mir — dies so zu verstehen, daß ich keine dienstlichen Geheimnisse verraten darf, aber als freier Mensch in einem freien Land das Recht haben muß, meine Meinung zu haben, wie sich Radio und Fernsehen im allgemeinen verhalten sollten — und hier also im Speziellen gegenüber den nationalen Minderheiten.

Ich will mich der Diskussion stellen — aber zuallererst ein paar Worte zu den Voraussetzungen. Danmarks Radio betreffend gibt es das geltende Rundfunkgesetz. Es ist für uns nur interessant in Verbindung mit der Frage nach einer Vertretung der deutschen Minderheit im Radorat. Zu dieser Frage möchte ich gerne ganz zum Schluß etwas sagen.

Die absolut wichtigere Frage, wie die Minderheit in Danmarks Radio zu Wort kommt — und wie sie behandelt wird — wird sehr allgemein abgehandelt in den „Allgemeinen Richtlinien für den Programmbetrieb in Danmarks Radio“, angenommen vom Radorat im Jahre 1977. Auf einer einzigen DIN-A-5-Seite hat man Platz für vier Hauptforderungen gefunden: Sachlichkeit, Unparteilichkeit, Allseitigkeit und Informations- und Redefreiheit.

Hier finden wir alles, was an Schriftlichem für unser Verhältnis zur deutschen Minderheit von Bedeutung ist.

Auffassungen, die so wesentlich sind, daß sie von allgemeinem Interesse sind, müssen in einem angemessenen Verhältnis zum Ausdruck kommen.

Das bedeutet, daß Danmarks Radio die deutsche Minderheit nicht übersehen darf, sie allerdings auch nicht zum größten Problem der Welt hochstilisieren kann.

Genau das, nur anders ausgedrückt, findet man in dem Abschnitt über Allseitigkeit. Danmarks Radio ist Minoritäten gegenüber verpflichtet, aber Sonderinteressen

dürfen nicht einseitig auf Kosten der Ansichten und Haltung der Allgemeinheit behandelt werden.

Was sonst noch von Interesse für die Minderheit ist, findet sich bei den jeweils aktuellen Absprachen mit den Parteien, wenn es um den Wahlkampf in Danmarks Radio geht.

Diese sind so deutlich, daß Slesvigsk Parti genau wie die Sozialdemokratie behandelt wird — mit genauso vielen Minuten und Sekunden — wenn die Partei selbst bei der Folketingswahl kandidiert. Wenn nicht, gibt es selbstverständlich null Minuten und null Sekunden.

Auch bei der Kommunalwahl gilt die prinzipielle Gleichstellung von großen und kleinen Parteien.

Das sind andere Regeln, als man sie südlich der Grenze kennt, wo große Parteien lange reden dürfen und kleine Parteien sich beeilen müssen, wenn sie überhaupt etwas gesagt haben wollen.

Hier wie dort sollte man sich mehr auf die Parteien als auf den Rundfunk einschließen, wenn man das System ungerecht findet. In Dänemark ist man wohl allgemein der Auffassung, daß das dänische System demokratischer sei als das deutsche. Ich bin selbst geneigt, diese Auffassung zu bejahen — auch wenn man dies z. B. bei Fernsehdiskussionen, wo zehn oder elf Parteien Anker Jørgensen angreifen und kritisieren, bezweifeln kann. Um zu antworten, hat er genauso viele Sekunden, wie die anderen jeweils für sich zur Fragestellung haben. Wenn er so aus Zeitgründen nicht auf alle Fragen antworten kann, wird er angegriffen. Das Verhältnis von Danmarks Radio, Südschleswig betreffend, sind die Unterlagen noch dünner. In den zwanziger und dreißiger Jahren war die Lage einfach. Da gab es eine Absprache mit dem deutschen Rundfunk, nationalpolitische Propaganda über den Äther zu vermeiden.

Das führte dazu, daß der staatliche Rundfunk auch Übertragungen von Abstimmungs- und Wiedervereinigungsfesten verweigerte — oder, wenn man es dennoch gestattete, die Reden zensierte. Auf deutscher Seite war man nicht so zurückhaltend — vor allem nicht nach der Machtübernahme 1933.

Nach dem Krieg bekam Danmarks Radio größere Freiheiten, aber klare Bestimmungen gibt es nicht — und erst recht nicht für das Verhalten gegenüber der dänischen Minderheit in Südschleswig. Das, was wir in schriftlicher Form haben, sind einige Zeilen von Generaldirektor Hans Sølvhøj, die er in Verbindung mit der Einrichtung des Regionalradios in Apenrade 1970 als Versuchsprojekt niedergeschrieben hat.

Dort heißt es: Des weiteren sollen die Mitarbeiter ihre Aufmerksamkeit auf Stoff und Möglichkeiten südlich der Grenze lenken. Zwei Jahre später erfolgte — aus gegebenem Anlaß — ein Beschluß des Radorates, daß es dem Regionalradio obliege, in enger Zusammenarbeit mit dem NDR Südschleswig abzudecken. Es

ist ja sehr schön, wenn mehr als andeutungsweise gesagt wird, daß es sich nicht um nationalpolitische Propaganda handelt. Nur war es bisher auch nicht möglich herauszufinden, worin die enge Zusammenarbeit denn bestehen sollte. Wir haben das beste Verhältnis zum NDR in Flensburg — und zu nichts anderem Anlaß — aber wir senden in zwei verschiedenen Sprachen, und der einzige Mitarbeiter im Grenzland, der beide Sprachen gut genug beherrscht, ist Jörgen Detlefsen.

Es ist sicher sehr gut, daß es in Wirklichkeit keine Regeln gibt. Das gibt den Mitarbeitern die Freiheit, Programme zu machen, die die Leute auch hören und sehen mögen — aber selbstverständlich entsteht dadurch auch die Diskussion, wer bevorzugt und wer benachteiligt wird.

Für Danmarks Radio als ganzes muß die Aufgabe — wie ich es sehe — vor allem sein, im gesamten Königreich über die Verhältnisse im Grenzland, beiderseits der Grenze, zu informieren. Und wir kommen nicht drumherum, daß das Zuhörer/Zuschauerinteresse hierfür sehr begrenzt ist — genauso wie auf der anderen Seite südlich Rendsburgs. Wir sollen informieren, aber können die Menschen nicht zwingen, uns zuzuhören.

Für Radio Syd ist klar, daß das Kerngebiet nördlich der Grenze liegt, und wir können sicher von einem verstärkten Interesse für die Grenzlandproblematik ausgehen. Beide Minderheiten gehören zu den Zuhörern. Darum können und dürfen wir auch für und an die Minderheiten senden, aber nach wie vor doch am meisten über sie — zur Information der Hörer, die nicht zu den Minderheiten gehören.

Unabhängig von dem, was ab und zu im „Nordschleswiger“ geschrieben wird, kann und darf Radio Syd kein grenzpolitisches Instrument sein. Es ist eine dänische Rundfunkstation, aber sie ist es durch die Sprache und durch die dänische Eigenart — nicht durch eine Stellungnahme für oder wider die deutsche Minderheit.

Daß wir zwischendurch Fehler machen, ist eine andere Sache. Es ist unmöglich, eine Rundfunkstation nur mit Experten für Grenzpolitik zu besetzen, und auch sprachliche Schwierigkeiten kommen hinzu. Nach Sprachkenntnissen zu urteilen, muß man ja fast davon ausgehen, daß dem NDR zehnmal häufiger Patzer unterlaufen als uns.

Daß nicht genug Rücksicht auf die deutsche Minderheit genommen wird, ist ein Vorwurf, der Danmarks Radio von Zeit zu Zeit gemacht wird. Soweit es Radio Syd betrifft, vertrete ich die Auffassung, daß dies falsch ist.

Wenn wir diesen Vorwurf untersuchen, ist es ja zunächst notwendig zu klären, womit wir vergleichen sollen. Es genügt nicht, wenn Matlok, wie er es früher gemacht hat, fünf Prozent der Sendezeit von Radio Syd beansprucht, weil die deutsche Minderheit fünf Prozent der Bevölkerung Nordschleswigs ausmacht. Zum ersten müssen wir ja auch das Amt Ribe abdecken, und dann sind wir bereits

bei zweieinhalb Prozent. Zum zweiten haben die meisten Beiträge nichts mit Minderheit oder Nationalpolitik zu tun. Dadurch ist es einfach unmöglich, eine Statistik zu erstellen, es sei denn, wir fragen den Kaufmann, der etwas zum Grenzhandel sagt, ob er Minderheitenangehöriger ist oder zählen auf, daß die zweite Violine und der Pianist eines Orchesters Verbindung zur deutschen Minderheit haben.

Im Vergleich mit anderen wichtigen Gruppen der Gesellschaft würde die deutsche Minderheit der große Gewinner sein, beispielsweise, wenn man an die Sozialdemokratie oder die Innere Mission denkt. Mir ist mehrfach gesagt worden, daß das Regionalradio mehr über die deutsche Minderheit berichtet als über die Sozialdemokratie — und das ist nicht ganz verkehrt, obwohl die Liste A 35 Prozent der Bevölkerung und Liste S nur 5 auf sich vereinigt.

Wenn man die Berücksichtigung der dänischen Minderheit südlich der Grenze zum Vergleich heranzieht — und das wird ja oft gemacht, auch wenn man wohl diskutieren könnte, ob die beiden Minderheiten gleich behandelt werden sollten, ihrer Größe entsprechend oder nach einem dritten Maßstab — ist es auch nicht möglich, nur die Sendezeiten zu zählen.

Soll man eine alte Frau aus Leck, die über Aberglauben und Sitten und Gebräuche früherer Zeiten erzählt, auf das Konto der dänischen Minderheit setzen?

So bleiben eigentlich nur unsere Gefühle — und mein Gefühl ist, daß die deutsche Minderheit von Radio Syd angemessen behandelt wird, was auch durch die Hörerzahl belegt wird, die keineswegs geringer ist als in der dänischen Mehrheit. Die von beiden Minderheiten manchmal erhobene besondere Forderung gegenüber uns und dem NDR nach beispielsweise eigenen Sendungen oder deutschsprachigen Sendungen bei uns und dänischen beim NDR, hat man vermutlich keine Möglichkeit durchzusetzen.

Eigene Sendungen, also Sendungen, für die die Minderheiten selbst verantwortlich wären, sind nach dem Rundfunkgesetz verboten — und vermutlich auch nach dem norddeutschen Staatsvertrag. Würde man es doch machen, wäre es wahrscheinlich für die Minderheiten selbst eine fürchterliche Last.

Und was sollten wir eigentlich mit deutschsprachigen Sendungen? Wenn man gerne deutsch hören möchte, ist der NDR ja in der Nähe. Im übrigen meine ich, daß die Minderheiten klug daran täten anzuerkennen, daß der Kontakt zwischen Mehrheit und Minderheit in der Mehrheitssprache vor sich geht, die alle beherrschen.

Eine Minderheit haben wir, die mit Recht eine sprachliche Sonderbehandlung verlangen kann. Das ist die friesische — und eine positive Sonderbehandlung müßte durch den NDR erfolgen und nicht durch Danmarks Radio, da die friesisch Sprechenden im NDR-Gebiet leben und deutsche Staatsbürger sind. Sie haben keine andere Möglichkeit, irgendwoanders hinzugehen, wenn sie ihre eigene

Sprache im Radio hören möchten.

Wenn wir uns Danmarks Radio insgesamt zuwenden, sowohl den Landesprogrammen als dem Fernsehen, bin ich nicht ganz abgeneigt, der deutsch-nord-schleswigschen Kritik Recht zu geben. Abgesehen vom Grenzlandmagazin kommt die deutsche Minderheit ungemein selten zu Wort — im Fernsehen fast nie. Ich verfüge über keine Statistik, aber es ist wohl so, daß das Fernsehen sich zwei- bis dreimal, vielleicht viermal häufiger mit der dänischen Minderheit beschäftigt; und es ist wohl nicht ganz verkehrt, daß die deutsche Minderheit zuletzt im Fernsehen vorkam, als Peter Wilhelmsen ein spannendes Thema war und im Kanal 22 befragt wurde.

Wenn ein Ungleichgewicht besteht, hängt das wohl damit zusammen, daß Danmarks Radio keine Nationalpolitik betreibt — und dies auch nicht sollte, jedenfalls nicht nach dem Prinzip „eins für mich und eins für dich“. Hinzu kommt noch, daß die Bevölkerung ein größeres Interesse für die dänische Minderheit als für die deutsche Minderheit aufbringt — und damit größerer Druck (oder nur mehr Vorschläge) von außen kommt.

Vielleicht — das mag ich nicht ausschließen — gibt es bei Danmarks Radio auch eine gewisse antideutsche Haltung. Solange diese in der Bevölkerung und anderen Massenmedien besteht, kann eine solche wohl auch bei Danmarks Radio nicht ausgeschlossen werden. Wenn da etwas geschehen soll, ist es wohl notwendig, daß die deutsche Minderheit selbst etwas unternimmt — und sich darüber klar wird, was sie eigentlich möchte. Die Forderung nach einer statistischen Gleichstellung auf irgendeiner spekulativen Grundlage wird kaum etwas ergeben. Es kann doch auch nicht im Interesse der deutschen Minderheit sein, eine große Anzahl von Programmen zu haben, bei denen die Zuschauer und Zuhörer dann auf ein anderes Programm umschalten, vielleicht obendrein auf das deutsche Fernsehen — aber wohl in angemessenen Abständen Gelegenheit zu bekommen, sich der dänischen Bevölkerung gegenüber zu erklären und darzustellen.

Aus diesem Grund wird auch nicht — wie es sich auf dem Treffen zwischen der Leitung des Radios und der Minderheit im letzten Sommer abzeichnete — eine Gleichstellung der Schleswigschen Partei mit anderen Parteien nach dem Motto „Parteitag ist Parteitag“ in Radio oder Fernsehen vorgenommen. Zum ersten hat die Schleswigsche Partei in diesem Zusammenhang sicherlich ein primäres Interesse an Radio Syd. Zum zweiten sind die Treffen des Bundes deutscher Nordschleswiger nicht nur Parteikongresse. Zum dritten sind die Reportagemöglichkeiten dadurch begrenzt, daß auf den Delegiertenversammlungen deutsch gesprochen wird. Und viertens ist der Stoff dieser Treffen normalerweise so dünn, daß er die Hörer außerhalb des Landesteils nicht interessiert. Es wäre wohl im Interesse der Minderheit, von einer formalen,

parteipolitischen Gleichstellung abzusehen — und statt dessen um einen Ausgleich zu bitten in Form von Sendungen, die erklären, was die deutsche Minderheit ist und wofür sie eintritt. Sollte beispielsweise eine jährliche Fernsehsendung eine Unmöglichkeit sein? Ich glaube das nicht, aber die Minderheit muß selbst etwas dafür tun.

Und nun zuletzt: die Vertretung im Radorat. Ich finde es irrelevant, wenn die dänisch-südschleswigsche Vertretung im Rundfunkrat des NDR vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund zum Anlaß genommen wird, auch für die deutsche Minderheit einen Platz bei Danmarks Radio zu fordern.

Die dänische Minderheit schuldet dem deutschen System überhaupt nichts. Dank und Quittung gebühren allein den schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten, die einen Platz für die Minderheit zur Verfügung gestellt haben.

Nichts desto weniger ist es in Ordnung, wenn die deutsche Minderheit die Möglichkeiten für eine Vertretung im Radorat untersucht. Sicher reicht es nicht aus, wenn man, wie letzte Woche, eine Anerkennung als Hörerverein beantragt. Eleganter wäre es gewesen, den Kultusminister zu fragen, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um anerkannt zu werden, und danach die Statuten des Bundes deutscher Nordschleswiger zu ändern — so daß die deutsche Hauptorganisation offiziell als Hörerverein auftritt.

Doch die Möglichkeiten einer Anerkennung als vorschlagsberechtigt für den Radorat sind gegeben — da im Gesetz ausdrücklich auf religiöse und nationale Minderheiten hingewiesen wird. Daß man dann letzten Endes — genau wie südlich der Grenze — der Unterstützung durch eine der großen Parteien bedarf, ist eine andere Sache.

Es ist legitim, dies zu versuchen. Ich selbst kann nur Hals- und Beinbruch wünschen bei dem politischen Spiel, das dazu gehört.

Flensburger Erklärung der SPD

Die SPD Schleswig-Holstein führt ihren Landesparteitag 1981 unmittelbar an der deutsch-dänischen Grenze durch. Sie nimmt dies zum Anlaß, ihre grundsätzliche Haltung zum deutsch-dänischen Verhältnis und zur Minderheitenpolitik in der folgenden Erklärung zu bestätigen:

I. Wir wollen zur Vertiefung der deutsch-dänischen Beziehungen beitragen.

Die deutsch-dänischen Beziehungen sind gut. Sie bedürfen jedoch der verständnisvollen Pflege und können weiter verbessert werden. Dazu wollen wir schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten beitragen.

1. Auf allen Ebenen bestehen Kontakte zwischen deutschen und dänischen Sozialdemokraten. Die Kreisverbände und Ortsvereine sind aufgefordert, diese Kontakte kontinuierlich zu pflegen und auszubauen. Die Beziehungen zwischen unseren Parteien haben eine lange und gute Tradition. Wir denken dankbar daran, wie deutschen Sozialdemokraten in Zeiten der Verfolgung von dänischen Freunden geholfen wurde. Die Begegnungen heute haben uns menschlich reicher gemacht und wertvolle Anregungen für unsere Politik gegeben.
2. Wir bekennen uns zu der Aufgabe Schleswig-Holsteins, eine Brücke des besseren gegenseitigen Verständnisses zwischen den nordischen Ländern und dem übrigen Europa zu schlagen. Dazu gehört, auf europäischer und nationaler Ebene im Sinne guter Nachbarschaft für die Berücksichtigung der besonderen Situation und Probleme Dänemarks einzutreten.

II. Wir wollen unsere Minderheitenpolitik konsequent fortsetzen.

1. Das Verhältnis zwischen Mehrheiten und nationalen Minderheiten im Grenzgebiet beeinflusst das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark. Eine vorbildliche Minderheitenpolitik ist eine nationale und europäische Aufgabe. Für uns Sozialdemokraten ist die Art des Umgangs der Mehrheit mit der nationalen Minderheit ein Maßstab für gelebte Demokratie. Das Aufkommen antidemokratischer Einstellungen geht stets einher mit der Intoleranz gegenüber Minderheiten.
2. Unter einer sozialdemokratischen Landesregierung wurden in der „Kieler Erklärung“ 1949 die Grundsätze einer demokratischen Minderheitenpolitik formuliert. Sie fanden ihren Niederschlag in der Landessatzung für Schleswig-Holstein vom 13. Dezember 1949. In der Bonner Minderheitenerklärung von 1955 werden sie wiederholt: „Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten und nachgeprüft werden.“ Die friedensstiftende Formel des Grenzlandes lautet also: Deutscher ist, wer Deutscher sein will; Däne ist, wer Däne sein will.
3. Ziel unserer Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein ist es, unseren

dänischen Mitbürgern zu ermöglichen, gleichberechtigt als deutsche Staatsbürger und als Dänischgesinnte zu leben. Dazu gehört, jede offene und versteckte Benachteiligung abzubauen. Es ist stets schwer, sich als nationale Minderheit zu behaupten. Deshalb sind gewisse positive Sonderregelungen für die Minderheit nötig, um Chancengleichheit zu verwirklichen. Vor allem sind eigene soziale und kulturelle Einrichtungen erforderlich, in denen eine dänische Identität erhalten und gepflegt werden kann.

4. Im Mittelpunkt dieser Einrichtungen stehen die dänischen Schulen. Die Landessatzung garantiert ein besonderes Elternrecht: „Die Erziehungsberechtigten entscheiden, ob ihre Kinder die Schule einer nationalen Minderheit besuchen sollen.“ Die Schulen der dänischen Volksgruppe sind deshalb keine Privatschulen wie andere. Ihr privater Status hat historische Gründe und gewährleistet ihre Unabhängigkeit. Sie haben den Charakter öffentlicher Schulen für den dänischen Teil des Staatsvolkes. Daraus ergibt sich die Verpflichtung des Landes, die öffentlichen Mittel für das dänische Schulwesen nach dem Prinzip der Gleichberechtigung der Kulturen zu bemessen.
5. Wir unterstützen auch die Förderung der dänischen Einrichtungen, die für ein dänisches Leben in unserem Lande unverzichtbar sind. Soweit einzelne Gemeinden, in denen sich dänische Einrichtungen konzentrieren, dadurch finanziell über Gebühr belastet werden, muß ein Ausgleich geschaffen werden.
6. Die Prinzipien unserer Minderheitenpolitik begründen unsere Auffassung, daß die dänischen Abgeordneten in den kommunalen Vertretungen und im Landtag ohne jede Einschränkung ein vollgültiges Mandat mit allen Rechten und Pflichten wahrnehmen. Diese Rechte in Frage zu stellen oder einzuengen, ist undemokratisch und verstößt gegen Inhalt und Geist der Minderheitenerklärungen von Bonn und Kopenhagen. Wir lehnen jeden Versuch dazu entschieden ab.

III. Die Lage im Grenzgebiet weiter zu stabilisieren, ist für uns eine ständige politische Aufgabe.

1. Die politische Lage im Grenzland wird zu Recht als gut bezeichnet. Ob das positive Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit auch Belastungsproben gewachsen ist, vermag niemand zu sagen. Deshalb bleibt es eine täglich neu gestellte Aufgabe, das Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen zu stabilisieren und zu verbessern.
2. Eine wichtige Aufgabe muß es sein, mehr übereinander zu erfahren. Aus Unwissenheit und Desinteresse können gegenüber der Minderheit Äußerungen gemacht und Entscheidungen gefällt werden, die verletzend und diskriminierend wirken. Deshalb fordern wir unsere Mitglieder auf, in den

Organisationen die Kontinuität der Information über Minderheitenfragen sicherzustellen. Wir appellieren an Landtag und Landesregierung, an Presse, Rundfunk und Fernsehen, noch mehr und noch besser über die Situation und Probleme der Minderheiten und des Grenzlandes zu informieren.

IV. Wir fühlen uns mit der deutschen Minderheit in Dänemark solidarisch.

Von den Prinzipien unserer Minderheitenpolitik ist auch unsere Haltung zur deutschen Volksgruppe in Nordschleswig bestimmt. Die schleswig-holsteinische SPD wird ihre guten Kontakte zur deutschen Minderheit fortsetzen und vertiefen. Sie setzt sich für ihre berechtigten Forderungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Schleswig-Holstein ein. Sie ist überzeugt, daß optimale Lösungen im Verhältnis zwischen der deutschen Mehrheit und der dänischen Minderheit sich positiv auf die berechtigten Forderungen der Deutschen in Dänemark auswirken werden. Die deutsche Volksgruppe kann sich auf die aktive Solidarität der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten verlassen.

Grenzfriedensbund zur Flensburger Erklärung

Sorge vor Einfrieren der Zuschüsse

Konsequenzen aus der angespannten Haushaltslage für die Arbeit im Grenzland befürchtet der Grenzfriedensbund. Dies wurde deutlich während eines Gesprächs zwischen dem Vorstand des Grenzfriedensbundes und dem Fraktionsvorstand der SPD-Landtagsfraktion. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Matthiesen und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kurt Hamer äußerten Verständnis für die Darstellung des Grenzfriedensbundes, daß ein Einfrieren der öffentlichen Zuschüsse des Landes zu einer Einschränkung der praktischen sozialen Hilfen des Grenzfriedensbundes führen müsse.

Dieser deutsche Grenzlandverein sieht ein Schwergewicht seiner Arbeit vor allem im sozialen Bereich. Er leistet zugleich durch die Herausgabe der Grenzfriedenshefte „einen wesentlichen Beitrag zur Diskussion der Grenzlandprobleme“, heißt es in einer Pressemitteilung der SPD.

Der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, Artur Thomsen, begrüßte die vom SPD-Landesparteitag in Harrislee beschlossene „Flensburger Erklärung“. Sie schreibe fest, wie Mehrheiten mit ihren Minderheiten umgehen sollen und was dies für praktisches politisches Handeln bedeute. Sie stehe zugleich in der Tradition der Kieler Erklärung von 1949 durch die sozialdemokratische Landesregierung Schleswig-Holstein.

Beide Seiten seien sich darin einig, daß im Grenzland alle Minderheiten ihren Platz haben. Liberalität und Toleranz müsse auf beiden Seiten der Grenze gelten. Grenzfriedensbund und SPD-Landtagsfraktion sehen in dieser Begegnung die langjährige Verbundenheit und Übereinstimmung in grundsätzlichen grenzpolitischen Fragen erneut bestätigt. Diese gelten bei aller Unabhängigkeit des Grenzfriedensbundes, seine Positionen aus der Situation im Grenzland heraus zu formulieren“, schließt die Pressemitteilung.

„Flensburg Avis“ 5.11.1981

Von der Schwierigkeit, Zeitgeschichte zu schreiben

Zur Geschichte des Deutschen Gymnasiums in Nordschleswig

Im November 1980 legte der Deutsche Schul- und Sprachverein für Nordschleswig die Festschrift „50 Jahre Deutsches Gymnasium in Nordschleswig 1930—1980“ vor. Dazu bemerkte Peter Hopp im Grenzfriedensheft 1/1981, S. 48 fff., daß der vorliegende 1. Band für die Zeit von 1933 bis 1945 noch manche Frage offenlasse; er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Geschichte des Gymnasiums, wie angekündigt, fortgesetzt werde.

Wer sich aber als Historiker um die Aufarbeitung brisanter zeitgeschichtlicher Themen bemüht, der sieht sich bei der Befragung von Beteiligten und bei seinen Nachforschungen in Archiven nicht selten mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert. Dies wird auch in einem Interview deutlich, das „Der Nordschleswiger“ mit Oberstudiendirektor Hans-Jürgen Nissen und Studiendirektor Immo Doege geführt hat; beide sind an der Erforschung der Geschichte des Deutschen Gymnasiums in Apenrade maßgeblich beteiligt.

In dem Interview, das wir im folgenden auszugsweise wiedergeben, wird im übrigen eine Reihe von Fragen beantwortet, die in der Festschrift noch offenbleiben mußten.

„Der Nordschleswiger“: Die Schulgeschichte, erster Band, die jetzt vorliegt, erscheint als eine Mischung aus Augenzeugenberichten einerseits und einem historisch-wissenschaftlichen Abriss, der die Zeit des Deutschen Gymnasiums von seinen Anfängen bis 1945 umfaßt. Es fällt auf, daß der Überblick über die Entwicklung der Schule zwischen 1933 und 1945 recht kurz geraten ist. Diese Zeit wird eigentlich nur angerissen.

Doege: Ja, hier ist praktisch nur der äußere Rahmen beschrieben.

Nissen: Hier liegt auch eine gewisse Schwierigkeit. Im Grunde kann man relativ wenig darstellen, denn der Betrieb lief ja normal. Der einzige Einschnitt erfolgte 1942 durch die Einführung eines mathematischen Zweiges; und sonst gestaltete sich das Schulleben wie gehabt — das heißt, von außen gesehen. 1945 traten

einige Sachen auf, die wir zum Teil nicht einmal in Form von Augenzeugenberichten oder nicht genau in allen Einzelheiten haben nachprüfen können. Das Abitur fand merkwürdigerweise noch statt. Aber wir haben keine Unterlagen. Dieses Kapitel der Schulgeschichte fehlt uns daher noch.

„Der Nordschleswiger“: Wie sieht die Quellenlage für die Zeit nach 1933 in bezug auf die Schulgeschichte aus?

Doege: Wir hatten die Akten ja im Hause, aber durchsortiert von dänischen Behörden nach der Beschlagnahme. 1945 waren die Akten zwar versteckt worden; und man hat sogar versucht, sie aus dem Verkehr zu ziehen. Polizeibeamte tauchten damals bei der Schulsekretärin auf und holten, ganz gezielt, gewisse Unterlagen aus den Akten. Die entscheidenden Akten sind

mitgenommen worden: Die Konferenzprotokolle, die Mitteilungsbücher und alles, was irgendwie mit Geld zu tun hatte. Insbesondere die ganze Finanzierungsfrage, bis zurück zum Bau des Gymnasialgebäudes am Hadersiebener Weg, der damaligen Norderchaussee, im Jahre 1926 interessierte: Alles Wesentliche an Akten wurde, im Grunde genommen, beschlagnahmt — alles, was einen offiziellen Charakter hatte oder mit Finanzfragen zu tun hatte, ist verschwunden. Ich kann aber nicht sagen, wir haben nur unwichtige Sachen. Auch unter den übrigen Akten ist noch sehr vieles zur Ergänzung herauszuholen. Aber die guten Sachen — die interessanten Schulakten — befinden sich in dänischer Hand.

„Der Nordschleswiger“: Im Reichsarchiv oder im Landesarchiv in Apenrade?

Doege: Die liegen zum größeren Teil hier in Apenrade.

„Der Nordschleswiger“: Sind diese Akten zugänglich?

Doege: Doch, beschränkt.

„Der Nordschleswiger“: Was heißt dies konkret?

Doege: Das heißt, daß ich im Grunde genommen nicht einmal alles, was mir im Landesarchiv vorgelegt wurde, veröffentlichen darf. Wenn ich mich ganz genau an den Revers halte, den ich da unterschrieben habe, muß ich jedesmal nachfragen, wenn ich eine Akte oder einen bestimmten Schriftsatz verwenden will.

„Der Nordschleswiger“: Können Sie sagen, welche Akten nicht zur Verfügung freigegeben wurden und werden?

Doege: Das weiß ich nicht genau. Ich habe zum Beispiel nie eine Gesamtliste über alle diejenigen Unterlagen der deutschen Volksgruppe aus den Jahren vor 1945 gesehen, die sich im Landesarchiv Apenrade befinden. Ich mußte mich also von Akte zu Akte vortasten. Und wie sich nachher zeigte, brachten nicht einmal die Akten des Deutschen Gymnasiums, sondern die Schriftstücke der Deutschen Stiftung am meisten. Das waren die entscheidenden Sachen. Dort findet sich der ganze Hintergrund: Die Nebenstelle Nord der Deutschen Stiftung (in Schleswig) war nur ein verlängerter Arm Berlins. Die geldgebende Stelle war anfangs dem Außenministerium unterstellt; nach dem Tode des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes der Deutschen Stiftung, Erich Krahmer-Möllenberg, durch einen Flugzeugabsturz im Jahre 1942 übernahm die Volksdeutsche Mittelstelle (Vomi) unter Leitung des SS-Obergruppenführers Lorenz den Geldtransfer; und die Deutsche Stiftung wurde 1944 aufgelöst. Schon vorher hatte in dieser Frage eine Rangelie zwischen Außenministerium und SS eingesetzt. Der Flugzeugabsturz Krahmer-Möllensbergs ist wohl nicht fingiert, wie einige behaupten. Man hat damals etwas erreicht, was man schon vorher

hatte haben wollen: die Mitsprache der SS bei deutschen Auslandsschulen und der Politik, die betrieben wurde. Dieses habe ich nun nicht dargestellt; aber man kann z. B. sehen, daß Anfragen gestellt wurden: wieviele Abiturienten habt ihr? Wieviele Jungen, wieviele Mädchen; welche Berufsziele haben sie? Von Berlin aus wurde ganz gezielt gesagt: Wir wollen nicht nur Lehrer erzeugen, wir wollen auch Ärzte haben; wir haben Interesse, daß junge Leute zum Militär gehen. Diese Anfragen wurden in den Kriegsjahren gestellt. Es ist auch klipp und klar gesagt worden, daß eine Art Berufsvorauswahl getroffen wurde. Und es ist der deutschen Minderheit klargemacht worden, daß den Stellen nicht viel daran gelegen war, viele weibliche Abiturienten zu haben.

Das sind ganz eindeutig Eingriffe, wenn man so will, aus dem Reich in die Schulpolitik hier im Norden. Wieweit dieses auch andere Volksgruppen betrifft, die an den Reichsgrenzen verstreut waren, weiß ich nicht. Aus der Politik hier ist ohnehin abzuleiten, daß man zumindest ähnlich verfahren ist.

„Der Nordschleswiger“: Wollte man die deutsch-nordschleswigschen Schüler ins Reich ziehen?

Doege: Nicht unbedingt. Natürlich war man sich darüber klar, daß ein Teil des akademischen Nachwuchses auch hier bleiben mußte.

„Der Nordschleswiger“: Die Kontakte von der Vomi Berlin nach Nordschleswig hinein werden sich

wohl nicht an den damaligen Schulverein direkt, sondern an die Volksgruppenführung gerichtet haben. Doege: An das „Schulamt der Deutschen Volksgruppe“ unter Vorsitz des Parteiführers Dr. Jens Möller. Das wäre direkt die Partei gewesen. Zwischen dem Schulamt und — wenn man so will — der Leitung der deutschen Schule hat es offenbar Differenzen gegeben, wohl verursacht durch den Schulkonsulenten C. Elholm. Elholm sieht mir nach meiner heutigen Perspektive etwas nach Persona non grata aus. Ich weiß nicht, warum. Aber es sind in den Akten immer wieder drei Leute genannt: Peter Petersen, Leiter des Schatzamtes, woher das Geld kam, Dr. Karl Gäde, Leiter des Gymnasiums, und Möller.

„Der Nordschleswiger“: Die Gelder für die Schulen kamen nach 1942 also von der Vomi über das Schatzamt der Volksgruppe, also nicht direkt und unmittelbar vom Reich?

Doege: Ja.

„Der Nordschleswiger“: Gilt dieses für alle Arbeitszweige der Volksgruppe?

Doege: Ja. Geld ist damals der Hebel gewesen, mit dem Politik gemacht wurde.

„Der Nordschleswiger“: Haben Sie bei der Sichtung der Archivalien feststellen können, welche Rolle die Volksgruppenführung damals gespielt hat? Hat sie sich den vermehrten Anforderungen aus dem Reich zu widersetzen versucht?

Doege: Eigentlich nicht. Widersetzt hat

man sich nur nachher — und das ist auch in gewisser Weise dokumentiert —, als immer mehr Leute für das Militär angefordert wurden.

Nissen: Die Prüfungsordnung und der Schulabschluß spielten außerdem eine Rolle.

Doege: Man hatte die Möglichkeit, mit dem Zehnten-Klasse-Abschluß, der Obersekundareife, der Realklasse — wie sie fälschlich genannt wurde — ein Jahr lang, frei von jeglicher dänischer Aufsicht, die Leute im deutschen Sinne zu beeinflussen. Dieses wird häufig von dänischer Seite als Vorwurf benutzt. Und wenn man so will, kann man auch sagen, daß dieses die einzige Gelegenheit gewesen ist, wo die Reichsbehörden Hoheitsrechte auf dänischem Boden ausgeübt haben.

Nissen: Wir werden im zweiten Band der Festschrift, der 1984 anläßlich des 25jährigen Jubiläums des heutigen Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig erscheinen soll, natürlich auch die Unterschiede zwischen dem damaligen Gymnasium und dem heutigen verdeutlichen müssen. Da gibt es noch eine ganze Menge Themen. Diesen Teil, einen Längsschnitt, — das muß ich ehrlich sagen — haben wir jetzt aus vielen Gründen nicht ohne weiteres machen können, weil uns da Material gefehlt hat; Lehrbücher und Aufzeichnungen beispielsweise. Wir müssen sehr vorsichtig sein, daß wir uns nicht auf etwas festschreiben, was sich später bei weiteren Recherchen als vollkommen falsch erweisen kann. Die

hier im ersten Band wiedergegebenen Augenzeugenberichte über das Deutsche Gymnasium sind — das müssen wir einräumen — aus vielerlei Aspekten heraus auch etwas zu positiv und einseitig, weil wir die Gegenseite nicht dazu bringen konnten, sich zu äußern.

Doege: Wir kommen nicht darum herum, daß es sicherlich drei, vier Kollegen gegeben hat, die an der Schule eindeutig in nationalsozialistischem Sinne gewirkt haben.

„Der Nordschleswiger“: Wie vollzog sich diese Änderung des Schulgeistes, der Haltung, des Unterrichts und des ganzen Klimas am deutschen Vorkriegsgymnasium?

Nissen: Das läßt sich an und für sich nur als Summe der Augenzeugenberichte sehen; und letzten Endes erhält man doch kein eindeutiges Bild, denn die Rolle des Schulleiters wird unterschiedlich gesehen. Er hat offenbar versucht, an der Schule ausgleichend zu wirken, damit nicht allzuviel von außen hereingetragen wurde.

„Der Nordschleswiger“: Von wo?

Nissen: Aus dem Reich, von den Nationalsozialisten und — von der örtlichen Parteigruppierung. Auf der anderen Seite muß man sich klarmachen, daß man Politik und Ideologie auch nicht völlig aus der Schule heraushalten konnte. Hier wird die Figur des Schulleiters etwas schillernd; andere Lehrkräfte wiederum werden nur holzschnittartig

dargestellt. Anhand dessen, was wir an Unterlagen gehabt haben — Schulbücher, Aufzeichnungen usw. —, läßt sich nicht von vornherein sagen, daß das Deutsche Gymnasium eine ausgesprochene Nazischule gewesen ist. Sicherlich, alle deutschen Schulen waren in dieser Zeit in irgendeiner Form nationalsozialistisch. Den Einfluß von außen dürfen wir nicht verkennen — insbesondere während der Besatzungszeit —; aber es wäre zu einfach, die Schule von vornherein einfach abzustempeln. Wenn ich das so sage, dann wird man auch sehen, daß es schwierig ist zu sagen, welchen Anteil die Schule insgesamt und welchen Anteil der einzelne Lehrer individuell gehabt hat. Ich glaube nicht, daß wir da jemals ein eindeutiges Bild erhalten können. Denn trotz aller Hinweise, wie es damals an einer deutschen Schule zu laufen hatte, enthielten die Lehrpläne immer noch nur zu einem geringen Teil nationalsozialistisches Gedankengut im Bereich der Literatur. Auch in den Aufzeichnungen der Schüler — wir haben alte Schulhefte ausfindig machen können — findet sich in relativ geringem Maße Nationalsozialistisches, z. B. „Der Tag eines Pimpfen“ oder „Adolf Hitler“. Das meiste ist wie gehabt, wie in den zwanziger Jahren.

Doege: Sie fragten eben, wann das NS- Gedankengut in die Schule eingedrungen sei. Ich bin der Ansicht, daß dieses über eine längere Phase erfolgt ist. Sicherlich hat es nach der

Besetzung 1940 einen Bruch oder einen Schnitt gegeben, nach dem man noch weniger frei Weiterarbeiten konnte. Wir haben bestimmt eine ganze Reihe Kollegen am Gymnasium gehabt, die — im politischen Sinn vergleichbar auch mit heute — völlig indifferent waren. Ich habe mit einem früheren Lehrer am Gymnasium, der jetzt verstorben ist, einmal längere Zeit gesprochen. Er war Naturwissenschaftler und sagte mir, er hätte eigentlich mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun haben wollen. Wenn der Schulleiter Dr. Gäde von Amts wegen verpflichtet war, gewisse Dinge anzusagen oder auf irgendetwas hinzuweisen, hätten — so sagte mir dieser frühere Lehrer — er und ein anderer Kollege sich in die hinteren Räume verzogen. Also praktisch vergleichbar, wenn unsere heutigen Mathematiker und Physiker in den hinteren Räumen sitzen, kriegen sie auch vieles nicht mit! (Lachen) Andererseits kann ich sagen, daß wir bei einem Mann wie Dr. Peter Kragh vom Sippenamt, einem überzeugten Nationalsozialisten, der etwa ein Jahr als Lehrer am Gymnasium tätig war, einigermaßen sicher sein können, daß er auch sehr wahrscheinlich nationalsozialistisches Gedankengut in seinen Unterricht hat einfließen lassen. Das gleiche würde ich auch für den letzten Leiter des Gymnasiums, Dr. Erich Bielfeldt, angeben. Er hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß er ein überzeugter Nationalsozialist war. Gäde hingegen — „schillernde Figur“,

wie Hans-Jürgen Nissen sagte — galt in Kopenhagen bis zum Schluß, im Grunde genommen, als ein loyaler Mann. Er zog sich immer wieder auf den ersten Lehrplanentwurf aus dem Jahre 1929 zurück, wo er klipp und klar gesagt hat, neben einem deutschen Erziehungsbild dürfe die dänische Kultur nicht zu kurz kommen. In jedem Fall läßt sich sagen, daß nicht das Kollegium in seiner Gesamtheit nationalsozialistischen Geist vermittelt hat, ob nun im Deutsch- oder im Geschichtsunterricht.

„Der Nordschleswiger“: In einer Festschrift, erschienen 1944 anläßlich des 75. Geburtstages des Folketingsabgeordneten Johannes Schmidt-Wodder, findet sich ein Aufsatz von Dr. Max Rasch, Leiter des Sippenamtes, mit abstrusen und — aus heutiger Sicht — geradezu irren Theorien über Rasse und Blut, Eigenschaften und Charaktermerkmale, die mit dem Blut hier- und dorthin geführt werden. Läßt sich aufgrund des damals auch in Nordschleswig erschienenen ideologisch beeinflussten Schrifttums nachweisen, daß ein Einfluß der NS-Ideologen und der Parteiführer regionaler und lokaler Ebene im Deutschen Gymnasium bestanden hat?

Nissen: Genau das wollen wir gerne untersuchen. Wir stehen hier vor einer Schwierigkeit: Einmal sind natürlich solche Schulbücher, wenn die Schüler sie privat gehabt haben, 1945 schnell weggeworfen worden. Zweitens gab

es eine Schulbücherei, wo sie entliehen wurden; und dieses System führte dazu, daß die Bücher immer wieder in den Bestand der Schule zurückgekehrt sind. Dort wurden sie beschlagnahmt; oder sie sind auch weggekommen. Im Landesarchiv haben wir zwar einiges Material entleihen können; wir wissen aber nicht, wie sich das damals im Unterricht niedergeschlagen hat. Augenzeugen sind in dieser Angelegenheit unzuverlässig. Einige können wir zudem gar nicht mehr befragen — Leute wie die Lehrer von damals.

Doerge: Ich bin einigermaßen sicher: Die Lehrbücher von damals sehen z. T. fürchterlich aus. Im Grunde genommen kann man sagen, die benutzten Geschichtsbücher sind diejenigen gewesen, die man 1930 bei der Einrichtung des Gymnasiums in Kopenhagen vorgelegt hat. Es gab auch Bücher, die abgelehnt wurden. Ein für den Unterricht abgelehntes Geschichtsbuch war beispielsweise in der Schulbücherei als Lehrerhandexemplar vorhanden. Wenn nun später dieses Handexemplar gefunden wird, heißt es: das stammt aus dem Deutschen Gymnasium, da wurden solche Bücher benutzt. Das war aber nicht der Fall. Ich habe genügend Schreiben aus Kopenhagen gesehen und Akten, in denen der Unterrichtsdirektor Dr. Axel Højbjerg-Christensen schreibt, dieses Buch sei nicht für den Unterrichtsgebrauch gestattet.

Andererseits aber hat er einige Bücher, die an sich nicht zugelassen waren, durchgehen lassen. Wenn man so will: Als strammer dänischer Nationalist kann ich natürlich auch ein Buch aus der Weimarer Zeit ablehnen, in dem der Versailler Vertrag als Schanddiktat bezeichnet wird. Dieses muß man aber von den eigentlichen NS-Büchern deutlich trennen. Es handelt sich um Einzelfälle.

Nissen: Eine weitere Sache wäre noch zu untersuchen: Ob es sich beim Deutschen Gymnasium vor 1945 um eine „einwandfreie“ Nazischule gehandelt hat. Auch Unterrichtsministerin Dorte Bennedsen hat ja den gleichen Tenor in ihrer Rede anlässlich des 50jährigen Gymnasiums Jubiläums während des Deutschen Tages 1980 anklingen lassen. Hat man Akten gefunden, die uns nicht zugänglich gewesen sind, oder Interna ausgegraben, von denen wir nichts wissen? Dieses wäre eine Möglichkeit.

Doegel: Ein konkretes Beispiel: Es haben bis 1943 — und, soweit mir bekannt ist, auch noch unmittelbar nach Verhängen des Ausnahmezustandes — Besuche dänischer Zensoren im Deutschen Gymnasium stattgefunden. Sie haben ganz gezielt den Deutschunterricht, den Geschichtsunterricht, den Biologieunterricht und dann, meistens anstandshalber, auch den Dänischlehrer angehört. Die Berichte der Zensoren, die ja schriftlich niedergelegt wurden, haben wir nie zu

sehen bekommen. Das sind Materialien, die sehr wahrscheinlich vom Unterrichtsministerium ans Reichsarchiv abgeliefert worden sind. Von dort habe ich ganze zwei Aktenstücke erhalten. Alles andere ist nicht zugänglich gewesen. Nachdem wir eine erste Anfrage ans Reichsarchiv gerichtet hatten, erhielten wir Hinweise, was für uns Interesse haben könnte. Als ich in einem zweiten Brief um Einsicht dieser Unterlagen bat, antwortete ein anderer Archivar ablehnend. Wir haben telefoniert — er blieb dabei. Was man also offiziell über das Deutsche Gymnasium während der Zeit von 1930-33 bis 1945 gedacht hat, wissen wir nicht. Meine ganze Darstellung basiert daher auf deutschen Aktenmaterialien ...

„Der *Nordschleswiger*“: Ein weiterer Beitrag im Erinnerungsteil des Buches fällt sehr auf: Die Darstellung eines Apenraders aus sozialdemokratischem Hause, der von 1933 bis 1939 das Gymnasium besuchte und sich als „Außenseiter“ fühlte. Nachdem dieser Schüler im Unterricht das KZ Oranienburg erwähnt hatte und auch sonst gegen die NS-Ideologie opponiert hatte, wurde ihm mitgeteilt, die Schule sei von seiner „Unbelehrbarkeit“ überzeugt und daher sei sein „weiteres Verbleiben auf der Schule unerwünscht“.

Nissen: Zum Teil spricht dieser Schüler für sich selbst aus einer besonderen Lage eines deutschen

Sozialdemokraten ...

„Der Nordschleswiger“: ... in einer Schule, die offenbar von Tag zu Tag fester am ideologischen braunen Zügel geführt wurde ...

Nissen: ... und ein anderer hätte vielleicht ganz etwas anderes über die Zeit nach 1933 ausgesagt.

Doege: Im Grunde genommen, wenn man alles unter dem Strich zusammenzieht, alle Äußerungen der Kollegen von damals und alle Aussagen der ehemaligen Schüler, dann ist nicht mehr herauszuholen, als es jetzt der Fall ist. Ich habe Privatbriefe eines Lehrers einer damaligen Zulieferer-Schule gefunden und ihn daraufhin angesprochen. Obwohl ich diesem Lehrer ganz konkret Kopien mitgeschickt, einzelne Passagen angestrichen und ihm sehr gezielte Fragen gestellt habe, schrieb er mir, er wüßte nichts mehr.

Nissen: Mir ist es ähnlich ergangen. Ich kann es verstehen, daß sich einige dazu nicht äußern wollen. Für uns geht da etwas verloren.

„Der Nordschleswiger“: Woran mag das liegen? Die Zeitgenossen der Jahre vor 1945 erklären meist, sie hätten „damit“ nichts zu tun gehabt oder es sei alles „ganz anders“ gewesen.

Nissen: Ich glaube, es ist eine Kombination vieler Dinge. Einmal handelt es sich sicher um eine Verdrängung. Zum anderen um eine Sache, die wir ja selbst an uns feststellen können, daß wir im Grunde ja ein furchtbar schlechtes Gedächtnis

haben und die Dinge gar nicht in ihrem vollen Wahrheitsgehalt sehen können. Wir betrachten sie ja schon mit einer vorgefaßten Meinung. Ich weiß nur nicht, welche vorgefaßte Meinung ich vor zehn oder zwanzig Jahren gehabt habe. Und daher werden Augenzeugen auch immer unzuverlässig sein, auch weil wir heute viel kritischer ihre Aussagen betrachten, als vor zwanzig, dreißig Jahren.

„Der Nordschleswiger“: Andererseits plädieren die Augenzeugen sehr oft in folgendem Sinne: Ihr seid in der Weimarer Zeit, in der nationalsozialistischen Zeit, in der Nachkriegszeit nicht dabei gewesen. Ihr könnt euch kein Bild darüber machen — aber wir haben das alles erlebt.

Nissen: Ob ich es so erlebt habe, wie ich es darstelle, ist für mich immer die große Frage.

Doege: Ich glaube nicht, daß das so stimmt. Wir müssen auch davon ausgehen, daß der einzelne Lehrer vielfach gar nicht die Einsicht und die Hintergründe gehabt hat, wie beispielsweise die Schulleiter Dr. Karl Gäde und Dr. Erich Bielfeldt (kommissarisch seit August 1944). Es wird angeordnet, die Linie wird befohlen; die einzelne Lehrkraft sieht oft nur die Auswirkungen und weiß mitunter gar nicht, warum dieses so ist. Dieses ist mehrfach geschehen. Wenn ich mit Aktenstücken kam und sie den Leuten von damals zeigte, die etwas davon hätten wissen müssen, sagten

sie:

Das sei ja höchst interessant, aber davon habe man damals gar nichts gewußt. Vielleicht sei die ganze Hintergrundinformation nur dem Chef und noch einer zweiten Person zugänglich gewesen. Der normale Lehrer in diesem Sinne wird davon kaum etwas gewußt haben. Ich muß ehrlich sagen, die ganzen Zeitzeugen oder Leute, die man hätte fragen können, waren summa summarum eine gewaltige Enttäuschung. Ich will damit nicht sagen, daß die Berichte ehemaliger Schüler und Lehrer nichts wert sind; sie haben aber oft einen Informationsstand, wo

komischerweise — aber so komisch ist das gar nicht — der Historiker heute exakter und genauer als diese Leute berichten kann, selbst wenn sie mit dem allerbesten Gedächtnis ausgestattet wären. Man stützt sich insofern als Historiker besser auf das, was man in den Akten nachlesen kann und was zu dokumentieren ist ...

Aus: „Der Nordschleswiger“
vom 10. 10. 1981.

Redaktion: Ulrich Küsel.

Fotos: Archiv des Deutschen
Gymnasiums (1), Helge Grøhn (1)

ROLF JACOBS

Carl Ferdinand Suadicani und Peter Willers Jessen

Biographisches über die kongenialen Begründer modernen psychiatrischen Krankenhauswesens in Schleswig

Im Park des Landeskrankenhauses Schleswig-Stadtfeld, am Ende einer Birkenallee, steht ein großer Findling. Seine Inschrift lautet: „Dem Gründer der Anstalt Dr. Suadicani - Dem ersten Arzt Dr. Jessen“.

Dieser Stein erinnert nicht nur die Kranken, sondern auch die Bürger der Stadt Schleswig bei ihren Spaziergängen durch die Parkanlagen an zwei kongeniale Persönlichkeiten, die für die Entwicklung der Psychiatrie im Lande Schleswig-Holstein bahnbrechend wirkten und mit der Geschichte der Stadt Schleswig eng verbunden sind.

Die Familie Suadicani stammt nicht, wie nach dem Klang des Namens vermutet werden könnte, aus Italien. Vielmehr ist Johann Svatek, ein Stadtmusikus zu Budweis in Böhmen (gestorben vor 1684), der Stammvater des Geschlechts.

Dessen Sohn, ein konvertierter ehemaliger Franziskaner-Mönch, latinisierte den Namen. Er arbeitete erst als „Stadt-Tenorist“ in Nürnberg, später als Rektor in Lauf/Pegnitz. Dessen Sohn wiederum heiratete nach einer Apothekerlehre die Witwe des Preetzer Apothekenbesitzers Brück. Die Apotheke in Preetz war

danach von etwa 1700 bis 1810 im Besitz der Familie Suadicani.

Carl Ferdinand Suadicani wurde am 17. Dezember 1753 in Preetz als Sohn des Apothekers und Arztes Rudolph Ferdinand Suadicani und dessen Frau Margaretha Dorothea Lucas geboren. Der Vater starb bereits, als Suadicani erst sieben Jahre alt war. Suadicani blieb bis zur Konfirmation noch in Preetz bei der Mutter. Dann wurde er zur Vorbereitung auf die Universität dem Rektor Dunckel in Kiel in Pension gegeben. Am 12. Oktober 1770 immatrikulierte er sich in Kiel als Medizinstudent. Sein Zimmer teilte er mit dem späteren Etatsrat Georg Heinrich Weber, der nach Beendigung seines Studiums das erste „Klinische Institut“ in Kiel gründete, den Vorläufer der jetzigen Medizinischen Universitätsklinik. Vom Wintersemester 1772 bis zum Sommer 1774 hielt sich Suadicani in Göttingen auf. Dort promovierte er am 17. September 1774 mit einer Arbeit „De remediis praecipuis ad hernias incarceratas“ zum Doktor der Medizin und Chirurgie.

Von 1774 bis 1778 arbeitete Suadicani als freipraktizierender Arzt in seiner Heimatgemeinde Preetz. Ohne die feste Einnahme eines Physicus handelte es sich dabei in der damaligen Zeit aber um eine finanziell wenig ergiebige Tätigkeit. Zu vermuten ist sogar, daß Suadicani nur durch die Mithilfe seiner Mutter (Kost und Logis im Elternhaus) sein karges Auskommen hatte. Suadicani bewarb sich deshalb bereits, allerdings vergeblich, 1776 um das vacante Segeberger Physicat. 1778 konnte er als zweiter Arzt nach Glückstadt gehen. Dort heiratete er am 8. Juli 1780 Maria Wilhelmina Elsabe Wibel, eine Tochter des Syndicus und Klosterschreibers in Uetersen. In Glückstadt veröffentlichte er auch 1779 eine Schrift über „Ursachen einiger Zahnkrankheiten nebst einigen Vorschlägen, wie man die Zähne erhalten könne“.

Mit diesem Büchlein hatte Suadicani erstmals sein über die tägliche Praxis hinausgehendes Interesse an übergeordneten Fragen der Volksgesundheit bewiesen. Und in Glückstadt hatte er auch Gelegenheit, die bedrückenden Verhältnisse des dortigen „Zucht- und Tollhauses“ kennenzulernen. Dieser erste Eindruck führte zwar noch zu keinen praktischen Konsequenzen, wird aber mit richtungweisend für seine späteren Aktivitäten gewesen sein.

Unter Hinweis auf seine bisher bewiesenen Qualitäten gewährte man Suadicani auf eine zweite Bewerbung hin am 24. Juni 1782 das Amt des Physicus der Ämter Segeberg, Travental und Neumünster sowie der Städte Segeberg, Oldesloe und des Fleckens Neumünster.

Auch in Segeberg, seinem damaligen Wohnsitz, begnügte er sich nicht mit der Erfüllung der an ihn gestellten Aufgaben als Physicus. Zusätzlich beschäftigte er sich mit Verbesserungsvorschlägen für das Hebammenwesen, die medizinische Versorgung der Landbevölkerung, eine einheitliche Medizinalverfassung aller Landesteile, eine Aufbesserung der Chirurgeneinkünfte etc. Freiwillig und aus eigenem Antrieb erklärte er sich bereit, die Medizinalordnung von 1672 und die

Ergänzungstexte der folgenden Jahrzehnte systematisch zu ordnen, um so die Vielfalt der Gesetze und Regelungen für alle Interessierten zugänglich zu machen und Klarheit in die chaotischen, von Ort zu Ort wechselnden Verhältnisse zu bringen. Um einen Überblick über den Leistungsstand der Hebammen in seinem Bezirk zu gewinnen, bat er um die Erlaubnis, auf eigene Kosten Formblätter drucken lassen zu können, in denen die Hebammen Einzelheiten zu den von ihnen geleisteten Geburten verzeichnen sollten. Insgesamt war Suadicani rührig, interessiert, an allen Fragen innerlich beteiligt und immer bereit, Stellung zu beziehen und eigene Überlegungen anzustellen.

Am 6. Mai 1783 wurde er beauftragt, zu den Klagen der Insassen des Zucht- und Tollhauses Neumünster über den dortigen Chirurgen Diener Stellung zu nehmen und gleichzeitig Verbesserungsvorschläge im Hinblick auf die Krankenversorgung im Zuchthaus zu machen. Dort waren überwiegend männliche und weibliche Sträflinge untergebracht, während sich dort im Durchschnitt nur fünf bis neun Geisteskranke aufhielten. Eine eigentliche ärztliche Versorgung war bis 1784 unbekannt. Nur ein Chirurgus gab bei internen oder chirurgischen Erkrankungen Medikamente aus. Suadicani brachte nach seinem Besuch in Neumünster am 8. Mai 1783 verschiedene Verbesserungsvorschläge vor und äußerte im Hinblick auf die psychisch Kranken: „ ... Und nun vollends die Wahnsinnigen! Was soll der Chirurgus damit anfangen? Soll er sie heilen? Dies ist so leicht nicht. Und doch wäre vielen dieser Unglücklichen zu helfen! Viele wären ihren Kindern, Verwandten, Mitbürgern wiederzugeben, könnten nützliche Glieder des Staates werden, anstatt daß nun die Einsperrung und Gesellschaft das sicherste Mittel wird, sie auf immer unheilbar zu machen ...“

Bemerkenswert hieran ist vor allem, daß diese Gedanken bereits 1783, also immerhin sechs Jahre vor der Französischen Revolution und ganze zehn Jahre vor Philippe Pinel's „Befreiung der Irren von den Ketten“ des Hopital de Bicêtre ausgesprochen wurden. Außerdem wurde erstmals das bisherige Prinzip der gemeinsamen Unterbringung von Kranken und Verbrechern in Frage gestellt. Das absolut Neue war auch, daß Suadicani den Sinn einer reinen Verwahrung der „Irren“ anzweifelte und die Möglichkeit ihrer Behandlung und Heilung andeutete. Entscheidende Konsequenzen zog er aber auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht aus seinen Überlegungen. Seine Hinweise auf die desolate Lage der Geisteskranken fanden auch keinerlei Resonanz bei den Behörden und müssen im Zusammenhang mit der inneren Einstellung der damaligen Jahre diesem Problem gegenüber einfach noch als unzeitgemäß angesehen werden.

Suadicani beschäftigte sich in der Folge deshalb auch mit Themen, die dem Zeitgeist näherlagen und bei denen Änderungen leichter zu erreichen waren. 1803 wurde das Problem der Geisteskranken bei der Planung einer neu zu errichtenden Anstalt in Kiel umfassend diskutiert, allerdings auch noch ohne Ergebnis.

Suadicanis Eifer und Engagement waren an höherer Stelle nicht unbemerkt geblieben: Am 9. August 1793 erhielt er seinen Abschied als Physicus und wurde zum Leibarzt des Herzogs Friedrich Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg ernannt. Am 17. Januar 1796 trat er die Stelle als Leibarzt des dänischen Kronprinzen und späteren Königs Friedrich VI. an, zu dem er ein lebenslanges freundschaftliches Verhältnis entwickelte. Am 17. Juli 1801 erlangte er die Position eines Physicus des Amtes Gottorf und der Stadt Schleswig und wurde gleichzeitig noch Leibarzt des Landgrafen Carl zu Hessen. Als Weihnachtsgeschenk ernannte ihn der dänische Kronprinz am Heiligabend des Jahres 1802 zum Etatsrat.

Die weiteren Ämter seien der Vollständigkeit halber chronologisch aufgeführt: 18. Mai 1804 Koadjutor des Sanitätskollegiums der Herzogtümer (der übergeordneten und für alle medizinisch Tätigen weisungsberechtigten Behörde. Ref.). 11. Januar 1805 außerordentliches Mitglied des Sanitätskollegiums, 19. August 1809 einer der drei Direktoren des Kieler und später Schleswiger Taubstummeninstituts, 1809 Ritter vom Dannebrog, 1820 Mitdirektor der Irrenanstalt bei Schleswig.

An dieser Stelle sei ein Blick auf die geistigen Strömungen erlaubt, die Suadicanis beeinflussten und auf die er wiederum zurückwirkte. Seine Göttinger Studentenzeit (1772 bis 1774) fiel zusammen mit der Existenz des sogen. Göttinger Hainoder Dichterbundes (ebenfalls 1772 bis 1774), einer Vereinigung vorwiegend norddeutscher bzw. schleswig-holsteinischer Studenten, deren Vorbild Friedrich Gottlieb Klopstock war. Die ehemaligen Mitglieder des Hain-Bundes fanden sich nach den Göttinger Studien in Schleswig-Holstein wieder in dem Kreis um Johann Heinrich Voß am Eutiner Hof und bei den Reventlows in Emkendorf, der eine eher bürgerlich, der andere mehr aristokratisch bestimmt.

Suadicanis Beziehungen zum Emkendorfer Kreis entwickelten sich besonders durch seine enge Freundschaft zu Professor Philipp Gabriel Hensler, der an der Universität lehrte, gleichzeitig königlichdänischer Leibarzt war und als Hausarzt Julia Reventlows, der Gattin Fritz Reventlows, häufig als Gast auf Emkendorf weilte. Hensler war vorher auch Arzt des einflußreichen und bedeutenden Ministers Andreas Peter Graf Bernstorff gewesen. Auch in seinem Kieler Haus versammelte Hensler einen Kreis „... der damals alle ausgezeichnete Nobilitäten von Holstein umfaßte ...“. Schon durch diesen väterlichen Freund trat Suadicanis in innige Berührung mit großen Teilen der aktiven geistigen Welt des ausgehenden 18. Jahrhunderts in Schleswig-Holstein.

Mit seiner Anstellung als Leibarzt des Herzogs von Augustenburg kam Suadicanis dem Gedanken der Aufklärung noch näher, weil der Fürst nichts Höheres kannte „... als das auf der Vernunft beruhende Ideal der Humanität und Toleranz, daher

auch nichts Verabscheuungswürdigeres als jeden religiösen, dogmatischen Zwang ... Beim Ausbruch der Französischen Revolution soll der Herzog Tränen der Freude vergossen haben. Zu seinem Freudeskreis gehörten die „Aufklärer“ unter den Kieler Professoren, z. B. Christiani, Niemann, Hegewisch, Cramer, Hirschfeld, Ehlers und Karl Leonard Reinhold. Daneben aber auch das Ehepaar Ernst und Charlotte Schimmelmänn. Ernst Schimmelmänn ist dabei von besonderem Interesse, weil er mit seinen Ideen die endgültige Abschaffung des Sklavenhandels zwischen Afrika und Amerika in Gang setzte, ein Pendant, wenn man so will, zu Suadicanis späterer „Befreiung der Irren von den Ketten“. Ernst Schimmelmänn's Schwester Julia war übrigens die Gattin des schon genannten Fritz Reventlow von Emkendorf.

Dieses unentwirrbare Geflecht von Beziehungen und Beeinflussungen soll hier nicht weiter entwickelt werden. Deutlich gemacht werden sollte nur im Umriß Suadicanis Nähe zu den „Aufklärern“ und ihren Ideen, um die Wurzeln seiner Handlungen etwas verständlicher zu machen. Diese Welt der wohlthätigen Gefühle, der Ideale von Freiheit, Toleranz, Menschenliebe und Individualität war eine entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung der Pläne Suadicanis, die letztlich in der Vollendung der „Irrenanstalt Schleswig“ gipfelten. Wobei natürlich zu bedenken ist, daß nicht nur Suadicanis selbst von den genannten Gefühlen und Ideen erfüllt, sondern auch die geldgebende Verwaltung des Landes mittlerweile vom Zeitgeist erreicht und zur Finanzierung sozialer Pläne bereit war. Von Vorteil war außerdem, daß Suadicanis nicht nur „aufgeklärt“ war, sondern auch die beiden großen „Zucht- und Tollhäuser“ des Landes, Neumünster und Glückstadt, aus eigener Anschauung kannte und so die unmenschliche Unterbringung und Behandlung der „Irren“ am besten beurteilen konnte.

Nachdem am 28. Juni 1816 der Magistrat der Stadt Schleswig und am 24. August 1816 Suadicanis eine gutachtliche Stellungnahme zum Bau der neuen Anstalt in Schleswig abgegeben hatten, wurde ein Grundstück ausgewählt: „Etwa 10 Tonnen groß, liegt auf einer Anhöhe hinter der Stadt Schleswig nach St. Jürgen“. Der Baumeister Kreiser wurde mit der Ausarbeitung erster Skizzen beauftragt, die späteren Pläne stammen von dem Oberbaudirektor C. F. Hansen in Kopenhagen. Die Gebäude sollten vorerst etwa 150 Patienten Platz bieten. Die Zahl hatte man nach den Schätzungen der einzelnen Gemeinden des Landes über den Bestand an „Wahnsinnigen“ errechnet. In einem Schreiben Suadicanis vom 11. Juni 1816 heißt es u. a. sehr eindrucksvoll: „Gott sei gelobt, was denn unsere Regierung die Ansprüche, die diese so zahlreiche Classe unglücklicher Menschen auf Mitleid und Hilfe hat, berücksichtigt — daß man sich nicht mehr sagen darf: Du unterschreibst ein Todesurteil, wenn du jemand ins Irrhaus schickst. Möchte doch das Morgenroth besserer Zeiten, welches über die jammervolle Lage dieser großen

Classe unserer unglücklichen Mitmenschen zu dämmern scheint, zum sonnenhellen Tage werden!" Diesem Zitat ist eigentlich nichts weiter hinzuzufügen. Die beschwörenden Worte fanden beim dänischen Königshaus auch deswegen Gehör, weil in diese Zeit die Gemütskrankheit des dänischen Königs Christian VII. fiel. Außerdem lebte seinerzeit in Plön der schizophrene Herzog Peter Friedrich Wilhelm von Holstein-Gottorp.

In der inzwischen „wegen Erbauung eines Irrenhauses verordneten Commission“ arbeitete Suadicaní als aktivster Teilnehmer mit. Er machte sich Gedanken über die besten Ziegelsteine, die kostensparendste Durchführung der Erdarbeit, die Dachpfannen, den günstigsten Einkauf des Baukalkes, die Verpflegung der Patienten etc. Auch die „Irrenhausordnung“ entwarf er selbst. Ebenso stammten die Überlegungen zur Auswahl des einzustellenden Personals von ihm: „... Diese (die Aufwärter) müssen nicht bloß mit den Händen arbeiten können, sie müssen Leute von Moralität und Herzensgüte seyn, die das Wohl ihrer Pflegebefohlenen ernstlich wollen ... der Kranke muß immer denselben Wärter haben, damit er sein Freund wird — er muß womöglich niemand sehen wie diesen und durch das Beispiel seines Wärters Gehorsam und Achtung gegen den Vorgesetzten der Anstalt lernen ... Und diese (die Heilbaren vor allem) müssen jeder ein eigenes Behältnis haben — jedes Zusammenseyn mit Andern, denen man das Sprechen nicht verbieten kann, schadet der Heilung und der Notwendigkeit, ihn sein vorheriges Leben ganz vergessen zu machen, wie denn auch vorsichtige Ärzte keine zu ihren Kranken lassen wohl wissend, daß auch die gleichgültigste Unterhaltung bey ihrem Kranken Ideen herbeiführet, die den ganzen Heilplan vereiteln.“ ... Es sind dies die Gedanken des „moral menagement“ in England, bzw. der „traitement moral“ in Frankreich. Aus diesen therapeutischen Überlegungen, bei der die Isolation der einzelnen Kranken eine wichtige Rolle spielte, ergaben sich die kleinen Einzelzellen, die der ursprüngliche Bau in Schleswig aufwies.

Bei der Würdigung der Arbeit Suadicanis muß bedacht werden, daß er eine Klinik aufzubauen und funktionsfähig zu machen hatte, die ohne entsprechendes Vorbild war. Schleswig war bei der Eröffnung der erste Neubau einer psychiatrischen Klinik im gesamten deutschsprachigen Raum. Um den neu eingestellten Ökonomen Petersen auf seine Aufgabe vorzubereiten, schickte ihn Suadicaní deshalb für einige Zeit als Hospitanten in die „Wohltätigkeitsanstalten“ nach Hamburg. Der neue Oberwärter, Momme Jensen, besuchte vier Wochen lang auf Kosten der „Königlichen Commission“ die Charité in Berlin, „wo die Irren sind“, um den Umgang mit den Kranken zu lernen.

Bei der Einstellung eines Arztes ergaben sich Schwierigkeiten, weil alle erfahrenen Persönlichkeiten, die Suadicaní um die Übernahme des Amtes gebeten hatte, (Physicus Carstens in Hadersleben, Dr. G. H. Ritter in Kiel, Physicus Dohrn in Heide, Dr. Sandtmann in Hamburg, der bereits anfangs erwähnte Studienkollege

Suadicani (G. H. Weber) wegen der äußerst geringen Bezahlung ablehnten. Zuletzt schlug Suadicani dann den Doktoranden Peter Willers Jessen aus Flensburg vor, der gerade sein Examen in Kiel machte.

Peter Willers Jessen, am 13. September 1793 als jüngster Sohn eines Verlags- und Sortimentsbuchhändlers in Flensburg geboren, hatte in Göttingen und Kiel studiert, in der Berliner Charité an der Hornschen psychiatrischen Klinik eine Spezialausbildung erhalten. Außerdem hatte er sich einige Zeit in der „Heil- und Verpflegungsanstalt Sonnenstein“ bei Pirna in Sachsen aufgehalten, der seinerzeit am besten geführten Anstalt unseres Sprachraumes. Diese Vorkenntnisse und Erfahrungen Jessens in dem neuen Fachgebiet erschienen Suadicani noch nicht ausreichend. Er besorgte Jessen deshalb ein Stipendium — und versehen mit einer Empfehlung der Schleswig-Holsteinischen Kanzlei in Kopenhagen an den dänischen Gesandten in London — besuchte Jessen auf einer mehrmonatigen Reise verschiedene englische Kliniken (Guy's Hospital, Warburtens Private Lunatic Houses, St. Thomas Hospital, London-Hospital, Bethlehem Hospital, St. Lukes- Hospital). Im übrigen gleichzeitig in Kiel promoviert mit der Dissertation „De Digitalis purpureae viribus usuque medico“, war Jessen nunmehr der erste entsprechend ausgebildete „Psychiater“ Schleswig-Holsteins und der erste Arzt der am 1. Oktober 1820 eröffneten Irrenanstalt bei Schleswig, dem damals modernsten psychiatrischen Krankenhaus Europas. Von Anfang an floß Jessen ein reiches Krankenmaterial dadurch zu, daß die nach Angaben des hervorragenden französischen Psychiaters Esquirol stattlich erbaute neue Anstalt auch gleich manche private Patienten, so aus Hamburg und Kopenhagen, anzog; als Jessens Ruf weiter und weiter stieg, später auch aus Norwegen und Schweden. Er war glücklich verheiratet. Die Sorge um fünf Kinder zwang ihn zur Aufnahme von Pensionären der Anstalt in seine Familie, wofür ihm Zimmerbenutzung in seiner Dienstwohnung von der Verwaltungsbehörde bewilligt wurde. Mit dieser, der sogen. Königlichen Direktion, geriet er sonst vielfach in Konflikte, trotz freundschaftlicher Beziehungen zu einzelnen ihrer Mitglieder. Im Grunde hatte Jessen recht, die Verwaltung als ärztlicher Direktor zu verlangen, aber in der Form beging er oft Fehler. Seine Stimmung litt darunter, zeitweilig wurde er verbittert, Hypochonder; seine Arbeitskraft erlahmte periodisch, dann zog er sich in sein Studierzimmer zurück. Sonst war er gesellig, ein gern gesehenes Mitglied des Ärztlichen Vereins, in dem er anregende Vorträge hielt. Kürzere Reisen nach Kopenhagen, ins Innere Deutschlands unterbrachen seinen beim Wachsen der Anstalt gebundenen Dienst; erst als die Krankenzahl Anfang der dreißiger Jahre sich 300 näherte, wurde ihm ein Assistenzarzt bewilligt.

Wie vielseitig er sich beschäftigte und in welchem Umfang er auch praktische Fragen behandelte, beweisen seine Jahresberichte, die ein verständnisvolles Entgegenkommen bei den Behörden fanden. Erörterungen über das Regulativ der

Anstalt enthalten manche geschichtlich interessante Auskunft über die Zustände der Irrenpflege außerhalb der Landesanstalt, warmes Eintreten für die Entlassenen, ihre Kontrolle, eventuelle Kuratel; Kostenfragen werden lebhaft erörtert, Repartierung auf das ganze Land, um arme Kommunen vorm Zufall zu starker Belastung zu schützen; ein Verpflegungshaus für Unheilbare sei nötig sowie eines für die als wahnsinnig zu detinierenden Verbrecher. Neben Arbeiten „Zur Lehre von der Zurechnungsfähigkeit“, „Gedanken über das Wesen und die Erscheinung der fixen Ideen oder partielle Verrücktheit“ finden wir eine mit zahlreichen statistischen Angaben und sorgfältigen pathologisch-anatomischen Sektionsberichten ausgestattete Abhandlung über „Ärztliche Erfahrungen in der Irrenanstalt bei Schleswig“ 1838; deutlich beschreibt er darin Paralysefälle als „Tabes nervosa“. Zermüht, wie bereits angedeutet, in Auseinandersetzungen zwischen der Königlichen Direktion der Anstalt und ihm — er gehörte erstaunlicherweise nie zur Direktion der Anstalt — wurde Jessen 1845 auf seinen Antrag hin entlassen, gleichzeitig aber verpflichtet, an der Kieler Universität Vorlesungen über Psychiatrie zu halten. In Kiel eröffnete er am 1. Oktober 1845 die nach seinen beiden Lehrern benannte „Privat-Irrenanstalt Hornheim“, die später sein Sohn weiterführte.

Bereits 1832 zum Titularprofessor ernannt, hat Jessen eine Fülle wissenschaftlicher Abhandlungen veröffentlicht. Sein Hauptwerk, das während seiner Schleswiger Tätigkeit erschien, trägt den Titel „Beiträge zur Erkenntnis des psychischen Lebens im gesunden und kranken Zustand“. Bei Gründung des Vereins für Psychiatrie in Wien wurde Jessen deren Ehrenmitglied. Viel scheint dazu beigetragen zu haben sein in Berlin erschienener „Versuch einer wissenschaftlichen Begründung der Psychologie“, ein 715 Seiten umfassendes Werk, welches als wichtig für die Fortbildung der Psychologie genannt wurde. Auch sein letztes großes Werk: „Die Psychologie des menschlichen Denkens“ (1872) enthält eine Fülle geistreicher Bemerkungen.

Jessen starb am 29. September 1875 in Hornheim, ein großer Mensch und Arzt, von echtem Wohlwollen für die Menschen und für seine Kranken erfüllt. Mit der Stadt Schleswig war dieser überaus feingeistige und musisch interessierte Mann besonders eng verbunden als Stifter des Orchestervereins 1836 und als Mitbegründer des Schleswiger Gesangvereins von 1839.

Das Gedenken an Carl Ferdinand Sudacani, den Vater der Psychiatrie in unserem Lande, den Gründer der Irrenanstalt bei Schleswig (er starb am 22. Februar 1824 in Schleswig) und ihren ersten Arzt Peter Willers Jessen möchte nicht nur Anlaß des Dankes, sondern vor allem Mahnung und Verpflichtung für Gegenwart und Zukunft sein.

Dänisch an den Schulen des Landes Schleswig-Holstein*

1. Vorbemerkung

Die folgenden Ausführungen sind eine Fortsetzung der von Søndergaard (1978) und Bodenstein (1979) erarbeiteten Darstellungen. Die beiden Karten sind der letztgenannten Veröffentlichung entnommen. Nicht zuletzt durch die neue Oberstufenverordnung vom 6. 2. 1980 sind jedoch neue Aspekte zu berücksichtigen.

2. Problemstellung in historischer Perspektive

Die Überschrift „Dänisch an den Schulen des Landes Schleswig-Holstein“ ist mehrdeutig, denn Dänisch wird zunächst als Fremdsprache an den staatlichen (deutschen) Schulen unterrichtet; daneben ist es Unterrichtssprache an den 57 privaten (dänischen) Schulen der dänischen Minderheit mit 6 457 Schülern im Schuljahr 1978/79.

Schleswig-Holstein — und insbesondere sein nördlicher Landesteil — hat eine überaus komplizierte, wechselvolle Geschichte. Während es bis 1864 Teil des dänischen Gesamtstaates war, wurde es danach bzw. 1867 preußische Provinz. Die heutige Staatsgrenze zwischen Dänemark und Deutschland wurde 1920 auf Grund einer Volksabstimmung gezogen, die nördlich der Grenze eine deutsche und südlich der Grenze eine dänische Minderheit hinterließ. Nach 1945 hatte Flensburg für einige Jahre eine dänische Minderheit, die den Anschluß an Dänemark betrieb. Dies alles bedeutete, daß das Erlernen der dänischen Sprache in der Regel mit einer national-dänischen Gesinnung gleichgesetzt wurde, und dies wiederum bedeutete, daß Dänisch als Schulfach an deutschen Schulen sich erst in den letzten 15 Jahren von dieser ideologischen Umklammerung hat freimachen können.

Das Alte Gymnasium in Flensburg z. B. hat wie ein Seismograph die Stellung des Dänischen als Schulfach aufgezeichnet. In seiner Bibliothek finden sich Dokumente, die besagen, daß man heute im Grenzland — was die Stellung des Dänischunterrichts angeht — da wieder angelangt ist, wo man um 1840 gewesen war. An der „Flensburgischen Gelehrtschule“, wie sie damals hieß, war Dänisch ein literarisch geprägtes Abiturfach, das immerhin vom „Subrektor“ unterrichtet

* Aus: Kommunikation in Europa - Probleme der Fremdsprachendidaktik in Geschichte und Gegenwart, herausgegeben von Franz Josef Zapp, Albert Raasch und Werner Hüllen, Diesterweg, Frankfurt am Main 1981.

wurde.

Als Reaktion auf die Selbständigkeitsbestrebungen der Schleswig-Holsteiner, die vor allem vom (deutschsprachigen) Bürgertum getragen wurden, verfügte die Regierung in Kopenhagen ab 1851 eine einschneidende Stärkung des Dänischen im heutigen deutsch-dänischen Grenzgebiet. Aus der „Flensburger Gelehrtenschule“ wurde 1860 „Flensborgs Latin- og Real-Skole“ (vgl. Abb. 1). Die Fächer Deutsch und Dänisch erhielten die gleiche Stundenzahl, wobei Deutsch bzw. Dänisch auch Unterrichtssprache waren. Dies war hier zwar eine politisch motivierte, heute aber modern wirkende Sprachpädagogik. Die anderen Sprach- und Instrumentalfächer wurden wie folgt unterrichtet:

a) auf deutsch: Griechisch, Hebräisch, Französisch, Algebra, Physik;

b) auf dänisch: Latein, Geschichte, Geometrie, Astronomie, Biologie.

Das Fach Religion wurde in zwei Züge für die Deutsch- bzw. Dänischsprachigen aufgeteilt.

Diese heute faszinierend wirkende deutsch-dänische Zweisprachigkeit war nur von kurzer Dauer. Nach 1864 hörte Dänisch auf, Abiturfach zu sein, und führte noch einige Jahre ein Schattendasein als wahlfreies Fach in den unteren Klassenstufen. Inzwischen hieß die Schule „Königliches Gymnasium und Realgymnasium zu Flensburg“. In ihrem „Jahresbericht über das Schuljahr 1888-89“ heißt es auf Seite 61: „Der fakultative Unterricht im Dänischen wird von Ostern 1889 an aus dem Lehrplane fortfallen, da sich von Jahr zu Jahr weniger, zuletzt fast gar keine Teilnehmer mehr gefunden haben.“ Erst 1972 wurde der Dänischunterricht am Alten Gymnasium wieder aufgenommen. So lange hatte es gedauert, um Dänisch als Schulfach zu entpolitisieren.

3. Sprachliche Ausgangslage

Die Sprachgrenze zwischen Deutsch und Dänisch entspricht heute der politischen Grenze, da die dänische Minderheit weitgehend Deutsch als Mutter- und Umgangssprache hat. Deutsch hat sich seit der Reformation allmählich bis an die heutige Sprachgrenze vorgeschoben. Das bedeutet, daß es südlich der deutsch-dänischen Grenze — besonders aber im Raum Flensburg — eine Regionalsprache gibt, die durch ein dänisches Substrat gekennzeichnet ist. Da dies nicht ohne Einfluß auf den Spracherwerb ist, seien hier einige Beispiele genannt:

a) Lexik/Idiomatik

Regionalsprache: Sparken; Das ist ja Sünde.

Dänisch: sparke; Det er jo synd.

Deutsch: treten; Das ist aber schade.

b) Syntax

Regionalsprache: Es ist schwer und finden ein Parkplatz.

Dänisch: Det er svært at (å) finde en parkeringsplads.

Deutsch: Es ist schwer, einen Parkplatz zu finden.

Dieses dänische Substrat läßt die Sprache von vornherein weniger „fremd“ erscheinen. Hinzu kommt die Struktur der dänischen Sprache; sie läßt sich in drei Punkten zusammenfassen:

- eine formenarme Grammatik;
- eine stark vom Deutschen beeinflusste Lexik;
- eine ausgeprägte Idiomatik.

Eine solche Konstellation erlaubt in den Anfangsjahren rasche Lernfortschritte, erfordert aber zu einer gehobenen Beherrschung große Anstrengungen im Bereich der dänischen Idiomatik.

4. Politik, Vorurteile und Motivation

Im Laufe der vergangenen 120 Jahre ist das Fach Dänisch allen erdenklichen Bedingungen ausgesetzt gewesen:

- man mußte Dänisch lernen, aber man wollte nicht (Periode vor 1864);
- man konnte nicht Dänisch lernen, auch wenn man wollte (nach 1864, besonders ab 1889);
- man durfte Dänisch lernen, aber man lernte es „natürlich“ nicht (nach der Volksabstimmung 1920);
- man darf Dänisch lernen und tut es auch (besonders seit etwa 1965).

Obwohl der Dänischunterricht im Grenzland eine viel ältere Tradition als z. B. der Englischunterricht hat, ist er politischen Konjunkturen und Stimmungslagen in der Bevölkerung unterworfen gewesen, von denen er sich jetzt allmählich freigemacht hat.

Diese politische Hypothek verbindet sich im Grenzland mit den üblichen Vorurteilen gegenüber der Nachbarsprache, was Ausdruck eines positiven Autostereotyps sowie eines negativen Heterostereotyps ist. Die negativen Vorurteile stellen im Dänischunterricht paradoxerweise nicht die schlechteste Ausgangslage dar. Schüleraustausch, Tagesexkursionen oder persönliche Kontakte über die Grenze hinweg, die sich mühelos in den Unterricht einbauen lassen, lösen diese Vorurteile auf und setzen dann im Gegenteil motivierende Kräfte frei. Abhängig vom Bildungsstand treffen wir jedoch auch ein positives Heterostereotyp gegenüber Dänemark. Unter Gymnasiasten und Studenten genießt Dänemark den Ruf eines liberalen, toleranten und sozialen Musterlandes, in dem Dinge erlaubt oder möglich sind, die in der Bundesrepublik undenkbar wären. Beginnt man als Lehrer hier zu differenzieren, um der Wahrheit auf den Grund zu gehen, so kann dies eine zunächst vorhandene, auf einem positiven Vorurteil beruhende Motivation verschütten.

5. Dänisch an den Schulen des Landes Schleswig-Holstein

Im Schuljahr 1977/78 wurden an 32 Schulen 2 311 Schüler in Dänisch unterrichtet. Seitdem ist von Jahr zu Jahr eine leichte Steigerung von etwa 5 % zu verzeichnen. Die Lehrpläne sind erschienen; der letzte war derjenige für die Gymnasien im Jahr 1979. Einer Ausweitung des Dänischunterrichts steht allerdings der Mangel an Fachlehrern entgegen.

6. Dänisch an den Hauptschulen

Hier konzentriert sich der Unterricht auf 5 Hauptschulen mit etwa 200 Schülern in Flensburg und näherer Umgebung. Der Unterricht wird als Arbeitsgemeinschaft mit 2 Wochenstunden in der 8. und 9. Klasse erteilt.

Aus mehreren Gründen erscheint mir dieser Unterricht problematisch zu sein. Als Arbeitsgemeinschaft ist der Unterricht nicht zeugnisrelevant und wird fast automatisch in die ungünstigen Randstunden des Stundenplans (0. und 7. Stunde) gedrängt. Schrumpfen und Fluktuationen stellen das kontinuierliche Arbeiten in Frage. Die somit äußerst dürftigen Ergebnisse sind wohl auch auf eine Überforderung der Schüler zurückzuführen, die ja daneben Englisch als erste Fremdsprache erlernen. Außerdem ist die praktische Verwendungsmöglichkeit für dänische Sprachkenntnisse in den Berufen ehemaliger Hauptschüler minimal. Hier sollte man also entweder Dänisch als erste Fremdsprache mit mindestens 4 Wochenstunden einführen oder aber das Fach ganz aus dem Stundenplan streichen.

7. Dänisch an den Realschulen

An den Realschulen des Landes hat Dänisch seine Hochburg. Hier sind es über 2000 Schüler an 24 Schulen, die vier Jahre lang in den Klassen 7 bis 10 einen Dänischunterricht von 4 Wochenstunden erhalten. Die Schüler können sich für Dänisch oder Französisch entscheiden. Das Fach ist gleichberechtigtes Hauptfach und somit prüfungsrelevant.

Neben dem grenznahen Raum wird Dänisch auch z. B. in Dithmarschen und in Lübeck unterrichtet. Da der betreffende Lehrplan uneingeschränkt für das ganze Bundesland gilt, ist die Konzentration auf Flensburg und Umgebung keine naturgegebene Notwendigkeit. Auf der Ebene der Realschulen hat man — da ein übereinstimmender Schüler- und Elternwunsch festzustellen war — zahlreiche Lehrkräfte eingesetzt, die zwar dänische Sprachkenntnisse, aber keine reguläre Ausbildung aufweisen können.

Der praktische Nutzen des Faches ist für den Realschüler unmittelbar einsichtig: bei Zoll und Polizei, in Großhandel und Spedition, im Bankgewerbe und im Einzelhandel oder in der Verwaltung sind dänische Sprachkenntnisse ein beruflicher Vorteil.

Die Stellung des Faches in der Realschule, die Intensität des Unterrichts und der unmittelbar einsichtige Nutzen tragen zur Motivation und damit zu sehr erfreulichen Unterrichtsergebnissen bei.

8. Dänisch am Gymnasium

An fünf Gymnasien werden z. Z. etwa 200 Schüler der Oberstufe in Dänisch unterrichtet. Im Zuge bundesweiter Harmonisierung tritt mit Beginn des Schuljahres 1980/81 die neue Oberstufenverordnung vom 6. 2. 1980 in Kraft. Dänisch wird dann überwiegend als dreijähriger Wahlgrundkurs (3 Stunden) angeboten werden. Dabei besteht die Gefahr, daß die erforderlichen Teilnehmerzahlen nicht Zustandekommen. Dänisch als (zweiter) Leistungskurs ist zwar prinzipiell möglich, setzt aber in der Praxis zwei Fachlehrer pro Schule voraus, und diese Fachlehrer gibt es nicht.

In Nordrhein-Westfalen besteht seit 1975 die Möglichkeit, die Nachbarsprache Niederländisch mit 4 Wochenstunden in den Klassen 9 und 10 der Gymnasien anzubieten. Übertragen auf den Dänischunterricht in Schleswig-Holstein würden hiermit die Voraussetzungen geschaffen, in der Oberstufe das Fach Dänisch als ersten Leistungskurs sowie als Pflichtgrundkurs anbieten zu können. Auf längere Sicht liegen hier gute Entwicklungsmöglichkeiten des Faches.

Der Dänischunterricht ist nicht formal, sondern literarisch und landeskundlich orientiert. Darüber hinaus lernen die Schüler durch dieses Fach, ihr eigenes Land einmal kritisch mit den Augen unserer Nachbarn zu sehen. Der Lehrplan für die Gymnasien, der 1979 erschien, sieht ausdrücklich Exkursionen und intensive persönliche Kontakte im Rahmen des Unterrichts vor.

Über den persönlich-touristischen Kontaktbereich hinaus ist der praktische Nutzen für den Abiturienten nicht so begrenzt, wie es zunächst den Anschein haben mag. Die größere Mobilität der Abiturienten sowie ihre spätere Tätigkeit als mögliche Multiplikatoren verleihen den dänischen Sprachkenntnissen eine nicht zu unterschätzende Vermittlerfunktion zwischen Mitteleuropa und den skandinavischen Ländern, deren Hauptsprachen sich bei Beherrschung des Dänischen schnell erschließen. Daß hier auf deutscher Seite ein Defizit herrscht, dürfte wohl niemand bestreiten.

9. Lehrmaterialien

Jahrelang hat man sich mit Unterrichtsmaterialien beholfen, die auf den Dänischunterricht für in Dänemark lebende Ausländer abgestellt waren. Schülergerechte Lehrwerke, die Deutsch als Ausgangssprache berücksichtigen, gab es nicht. Ein Kreis von Haupt- und Realschullehrern hat inzwischen ein eigenes Lehrwerk im Selbstverlag herausgebracht und damit den dringendsten Mangel an diesen beiden Schularten behoben.

Einige Gymnasiallehrer haben 1977 zwar eine pädagogisch aufbereitete, aktuelle

und landeskundlich orientierte Textsammlung herausgegeben, aber ein alters- und schulspezifisches Lehrbuch für den Anfangsunterricht gibt es noch nicht. Die bestehenden Lehrwerke sind zu ausschließlich auf die sprachliche Bewältigung von Alltagssituationen abgestellt, wohingegen der Oberstufenschüler sich bald einen abstrakten Diskussionswortschatz aneignen sollte; ein dreijähriger Wahlgrundkurs — und der ist z. Z. die Regel — darf nicht im Vordergründig-Alltäglichen stehenbleiben, denn das spezifisch Skandinavische liegt nicht nur im Alltag, sondern auch und vor allem in der Art und Weise, wie die skandinavischen Länder die Herausforderungen unserer Zeit bestehen.

10. Lehrerbildung

An allen drei Schularten ist die Lage durch einen deutlichen Mangel an Fachlehrern gekennzeichnet. An der Universität Kiel studieren z. Z. etwa 45 Studenten Dänisch für das Lehramt. Es ist unsicher, wieviele von ihnen die Prüfung für das Lehramt an Realschulen anstreben. Tatsache ist jedenfalls, daß die Prüfungen für das Höhere Lehramt zu den großen Seltenheiten gehören, so daß am Studienseminar Flensburg noch nicht einmal eine Fachleiterstelle für Dänisch am Gymnasium geschaffen werden mußte.

An der Pädagogischen Hochschule Flensburg sieht die Bilanz ebenfalls wenig ermutigend aus. Im WS 1979/80 strebten 8 Studenten das Lehramt an Hauptschulen und 10 das Lehramt an Realschulen an. Daraufhin setzte das Dänische Seminar der PH Flensburg am 28. 1. 1980 eine Pressemitteilung in Umlauf, in der es u. a. hieß: „Es ist erstaunlich und paradox zugleich, daß das Interesse der Studenten, sich mit der Sprache und Kultur unseres nördlichen Nachbarn zu beschäftigen, so gering ist. Dabei sind nicht nur die Studienbedingungen, sondern auch die Einstellungsmöglichkeiten ausgesprochen günstig ... Im europäischen Zusammenhang kann die dänische Sprache die Brückenfunktion des Landes Schleswig-Holstein unterstreichen und mit Leben erfüllen.“

11. Schlußbemerkung

Wie vielleicht an keiner anderen deutschen Grenze ist die Unkenntnis des Lebens und der Kultur unserer Nachbarn so total wie an der deutsch-dänischen Grenze. Die historischen Blockierungen, aber auch die geistige Enge der dänischen Minderheit, der ja eigentlich diese Mittlerrolle ganz natürlich zufiele, sind bis heute nicht ganz überwunden. Daran können auch touristisch orientierte Sprachkurse der Volkshochschulen nichts ändern, und die allsommerliche Invasion der dänischen Küsten bewirkt hier nichts, solange nicht die Sprache die geistige Brücke schlägt.

Bibliographie

Bodenstein, E.: Dänisch als Fremdsprache im Land Schleswig-Holstein — unter besonderer Berücksichtigung des Gymnasiums. *Die Neueren Sprachen* 2 (1979): 170-181.
Søndergaard, B.: den fremmedsprogede dansk-undervisning i Slesvig-Holsten.
Uddannelse 3 (1978): 233-241.

Ausstellung Annemargret Howe / Wilhelm Judith am 6. November 1981 in Apenrade

Man wundert sich vielleicht im ersten Augenblick über die Zusammenstellung von Webereien und Zeichnungen in der gleichen Ausstellung, denn in Material (Papier und Textilien), in der Arbeitstechnik (Zeichnen, Weben), in Schwarz/Weiß einerseits und in Farbe andererseits und in den Inhalten scheint alles gegensätzlich zu sein. Aber

1. meinten wir gerade, daß diese Gegensätze sich fruchtbar auswirken könnten, weil beide Arbeitsbereiche auch einander in der Wirkung steigern dürften, indem sich interessante Vergleiche ergeben in den Materialien, in Farbe, Schwarz/Weiß und vor allem im dargestellten Inhalt.
2. finden wir nämlich auch etwas Gemeinsames: sie sind beide „gewebt“, d. h. aus winzigsten Grundelementen aufgebaut und in zartester Kleinarbeit gestaltet.

Betrachten wir zunächst den einen Teil der Ausstellung: die Webteppiche von Annemargret Howe.

Natürlich weiß jeder, daß ein Gewebe aus dem Verknüpfen zweier rechtwinklig zueinander gerichteter Fadensysteme entsteht. Will man aber ein Naturmotiv wie etwa den Baum als Dekor verweben, so bedeutet die senkrecht-waagerechte Fadenverbindung ein technisches Diktat für die Art der Umwandlung des Naturmotivs in ein Webmotiv. Man wird z. B. das Naturmotiv Baum webgerecht in Grundformen von rechtwinkligem Charakter bringen müssen, man wird den Baum also radikal vereinfachen und überzeugend umwandeln müssen, von der Technik gezwungen. Erst dann wird es ein echtes Webmotiv. Annemargret Howe hat hier kleine Quadrate, also senkrecht-waagerecht begrenzte Elemente, in einer Geraden diagonal geordnet, sie bedeuten Baumzweige und suggerieren im Ganzen einen Baum, weil die Form webtechnisch richtig gedacht ist. Dasselbe gilt für die Gesamtkomposition des Webteppichs, bei der ebenfalls die Senkrechte und Waagerechte dominieren. Zum Kunstwerk gehört eben diese Umformung des Motivs entsprechend den Darstellungsmitteln, und je strenger, archaischer diese sind, umso stärker muß umgeformt werden, wie hier am Beispiel „Baum“ in der Weberei.

Eine besondere Begabung bei Annemargret Howe ist außerdem die Fähigkeit, aus der Webtechnik heraus farbige und haptische Bereicherungen der gewebten Farbflächen zu entwickeln. Durch feinste Farbnuancierungen wie im Impressionismus erreicht sie farbige Verwandtschaften, durch Strukturieren, z. B. durch Schlingen, Knötchen und Auflösungen der Flächen interessante

Lebendigkeit. In derartiger materialgerechter, also webgerechter Anreicherung der Webflächen, so wie das Material es ergibt, hat Annemargret Howe eine ausgesprochene Begabung und Phantasie, hier liegt sozusagen ihre ganz persönliche Handschrift.

So hat sie die Skizzen und Entwürfe von Kurt Reiche dennoch in ein ganz selbständiges eigenes Werk verwandelt.

Neben diesen schönen, großen, farbigen Wandteppichen nun die schwarz-grauweißen Zeichnungen.

Gehen wir bei Wilhelm Judith ebenfalls von der Darstellungstechnik aus und fragen wir auch bei ihm nach der materialgerechten Umwandlung des Gegenständlichen in ein künstlerisches Gebilde.

Von nahem gesehen sind die Federzeichnungen ein vibrierendes Gewebe aus winzigen Federstrichen, durch die sich Führungs- und Konturlinien hindurchwinden. Die Strichscharen, über die Papierfläche getupft, sind durch ihre Dichtigkeit und Vielzahl, durch ihre Richtungsunterschiede und Beweglichkeit, ein hochsensibles und zartes Darstellungsmedium, fähig zu feinsten Schwarz-Grau-Weißwerten, wie auch zu Bewegungsreichtum der Konturen! Wieder am Beispiel Baum: Die Formen eines Baumes und der Äste sind bewegt und ändern ihre Richtung ständig. Judith's reiche Zeichentechnik erlaubt, den Baum in seinem natürlichen Formenreichtum darzustellen. Die Umwandlung des Naturobjektes in eine Bildbegehung braucht hier nicht so kraß zu sein wie in der spröden Webtechnik. Die Naturdinge bleiben also vielformiger in diesen Zeichnungen. Darüber hinaus aber ergibt sich aus solcher Zeichentechnik die Möglichkeit für den Ausdruck des Bildes. Die durchsichtige Zartheit der schimmernden Grauwerte mit feinen Übergängen geben den Zeichnungen das Leichte, Leise, etwas von „Heiler Welt“ und etwas Geheimnisvolles. Es scheint ein stilles Schwingen und Träumen in manchen Landschaften zu leben, das unmerklich in verschleierte Raumtiefen führt. Und dennoch sind die Zeichnungen klar komponiert. Sie alle könnte man auf ihre Komposition hin betrachten, die ein wesentlicher Grund für die Ruhe des Ausdrucks ist.

Diese Darstellungsweise entspricht den speziellen Bildinhalten. Es geht um Landschaften und Figurenkompositionen. Landschaften von schwebender, ungewisser Raumtiefe, in denen ein sanftes Licht zu herrschen scheint. Figuren wandeln gleichsam zeitlos wie von Ewigkeiten her durch diese Landschaftsräume, als glitten sie lautlos in andere Zeiten hinein, verdämmernd und verschwebend in den grenzenlosen Bildräumen. Die Zeiten sind unbestimmbar, als könnten Vergangenheit und Gegenwart sich mischen; da ist z. B. plötzlich ein Stück Geschichte: ein gotischer Turm, eine barocke Schloßfassade, ein klassizistischer Giebel; sie tauchen sozusagen aus der Zeiten Tiefe wieder auf und mischen sich unter die heutigen Dinge, etwa die Bäume, neben denen Menschen

umherwandeln.

Letztlich steckt hierin die frühe Kindheit Judith's, Berlin, die Schlösser, die Parks, zu denen ja das Rokoko-Schäferspiel auch gehörte. Berlin lebt in Judith weiter. Jedoch noch etwas anderes, viel weiter Zurückreichendes ist in manchen dieser Blätter: das Mythische. Da taucht der Stier auf, dieses uralte Symboltier des Zeus, der Hirsch, der Vogel, der auch ein Göttervogel sein könnte in seinem lautlosen Heranschweben. Geheimnisvolle, urmenschliche Symbole wie auch die sich in einen Baum verwandelnde Frau der antiken Sage. Zeiten und Räume scheinen in diesen Bildern vertauschbar, Mythen reichen in Gegenwart hinein, uralte Weisheit taucht aus der Vorzeit wieder auf.

Und eins noch zur allgemeinen Kunstszene: es wird heute überwiegend das Makabre, das Gefährdete, das Vergebliche und Traurige dargestellt; denn die Existenz schlechthin sei gefährdet. Dies Lebensgefühl ist typisch für den „Nordabhang des Jahrhundertberges“, ist Endzeitangst. Es ist aber möglich, daß auch bei der nächsten Jahrhundertwende, so wie um 1900, ein neues und positives Lebensgefühl erwacht, ein „Trotzdem“-Gefühl; und daß dann eine Kunst gebraucht wird, die aus anderen Tiefen gespeist wird, so wie es die Kunst von Wilhelm Judith ist.

Dänemark und Deutschland 1864-1900

Information zu einer Ausstellung in der Kieler Kunsthalle

Der Bericht der Kieler Kunsthistorikerin Ingeborg Kähler wurde den „Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“, H. 11, 1981, S. 25 f. entnommen. Wir meinen, daß die Ausstellung auf einer überzeugenden didaktischen Konzeption beruht und ein gutes praktisches Beispiel für die Möglichkeiten dänisch-deutschen Zusammenwirkens darstellt. Uns drängt sich die Frage auf: Warum ist die Ausstellung nicht auch im deutsch-dänischen Grenzraum zu sehen?!

(Die Redaktion)

Vom 8. November bis 27. Dezember 1981 zeigt die Kunsthalle zu Kiel die im Rahmen des Kulturabkommens der Bundesrepublik Deutschland mit dem Königreich Dänemark veranstaltete Ausstellung „Vor hundert Jahren: Dänemark - Deutschland 1864 bis 1900. Gegner und Nachbarn“. Die Ausstellung wurde am 31. Juli in Statens Museum for Kunst in Kopenhagen eröffnet, ging dann weiter in das Kunstmuseum Aarhus und wird im Anschluß an Kiel noch in der Orangerie von Schloß Charlottenburg in Berlin zu sehen sein.

Dieses bisher umfangreichste und aufwendigste unter den Projekten des Kulturabkommens wurde in gut zweijähriger Vorbereitungszeit von Wissenschaftlern beider Länder in enger Zusammenarbeit verwirklicht. Von den Regierungen beauftragt und verantwortlich sind als Ausstellungskommissare der Direktor des Kunstmuseums Herning, Jørn Otto Hansen, und der Kieler Kunsthallendirektor Prof. Dr. Jens Christian Jensen, als hauptamtliche Bearbeiterin Dr. Ingeborg Kähler. In Kiel wurde eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe gebildet, der auch mehrere Mitglieder der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte angehörten. Die dänische Seite war darin durch die dänische Lektorin an der Universität Kiel, Elin Fredsted, vertreten. Neben der mit Konzept und Durchführung der Ausstellung befaßten Arbeitsgruppe spann sich ein Netz von Kontakten zu zahlreichen dänischen und deutschen Fachleuten, die sich zur Mitarbeit als Autoren am Ausstellungskatalog bereitfanden. Die Zusammenarbeit erwies sich als außerordentlich inspirierend, und zwar nicht obwohl, sondern gerade weil sehr verschiedene politische und geistige Standpunkte und Traditionen zusammentrafen, die gleichermaßen Ernstnahme verdienen und sich in eine fruchtbare Spannung setzen ließen. Der durch den Auftrag der Bundesregierung vorgegebene überregionale Rahmen bot den zumeist schleswig-holsteinischen Mitarbeitern auf deutscher Seite eine Chance, den Blickwinkel zu erweitern und die vielzitierte Brückenfunktion unseres

Landes zwischen dem übrigen Deutschland und Dänemark wahrzunehmen.

Der Ausstellungstitel und manche Verlautbarungen während der Vorbereitungszeit mögen die Erwartungen einer primär kulturgeschichtlichen Ausstellung geweckt haben, in der die Kunstwerke eine mehr dokumentarische Rolle spielen. Das ist nicht der Fall. Die ausgestellten Gemälde, Porzellane und Graphiken sollen als schöpferischer Ausdruck einer Epoche auch schöpferisch, d. h. unmittelbar erlebt werden. Die Ausstellung belehrt nicht in erster Linie über objektive Tatbestände, sondern bietet Material an, sich mit der Geschichte persönlich einzulassen.

Als Anregung zur gemeinsamen nationalen Vergangenheitsbewältigung hat man eine problematische Epoche dänisch-deutscher Nachbarschaft als Gegenstand der Ausstellung gewählt: die drei Jahrzehnte nach dem Krieg von 1864, in denen Dänemark zum Kleinstaat wurde und Deutschland infolge zweier weiterer Kriege nicht nur die lang ersehnte nationale Einheit, sondern auch den Status einer europäischen Großmacht errang. Was diese neue Situation für das Selbstverständnis der beiden Staaten und für ihr Verhältnis zueinander bedeutete, spiegeln mehr oder weniger direkt oder indirekt die 145 dänischen und deutschen Gemälde, darunter auf deutscher Seite Bilder von Böcklin, Corinth, Feuerbach, Leibl, Liebermann, Trübner u. a., auf dänischer Seite außer den in Kiel schon einmal gezeigten Skagener Malern Werke der in Deutschland gänzlich unbekannten Künstler Carl Bloch, L. A. Ring, Kristian Zahrtmann, Frants und Erik Henningsen u. a. Deutsche und dänische Bilder hängen Seite an Seite nach Themen zusammengestellt. Der Vergleich eröffnet überraschende Möglichkeiten der Selbsterkenntnis und des gegenseitigen Verstehens. In der Zusammenschau der Originale treten die nationalen Gegensätze hinter einem übergreifenden Epochenstil zurück. Außerdem wird in der thematischen Anordnung deutlich, wie Dänen und Deutsche als Zeitgenossen und Europäer sich gemeinsamen politisch-sozialen und individuellen Problemen gegenüberstehen, deren Wurzeln tiefer lagen als in nationalen Identitätskonflikten. Daß diese Probleme zum großen Teil heute noch immer zur Lösung anstehen, macht die besondere Aktualität der Ausstellung aus.

In einer begleitenden Stellwand-Ausstellung mit Fotovergrößerungen von zeitgenössischem Bildmaterial zu den dänisch-deutschen Kriegen 1848/51 und 1864 sowie zu den Eindrücken dänischer Touristen in Deutschland und deutscher Touristen in Dänemark vor hundert Jahren wird das Thema „Gegner und Nachbarn“ noch einmal didaktisch aufbereitet. Auch hier ist nicht das Ziel zu zeigen, „wie es war“, sondern in Gegenüberstellungen von Texten und Bildern beider Seiten ein Problembewußtsein zu wecken hinsichtlich des nationalstaatlichen Denkens im 19. Jahrhundert und dessen bis heute wirkenden Konsequenzen für den Einzelnen und die Gesellschaft. Methodisch wurde hier

angeknüpft an die 1964 erschienene deutsch-dänische Gemeinschaftspublikation der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek und der Königlichen Bibliothek in Kopenhagen, „Bibliographie und Ikonographie 1864“.

Über die Absicht hinaus, den Augen ein Fest zu bereiten, das nationale Grenzen überschreitet, folgt die deutsch-dänische Kunstaussstellung dem Postulat des vor hundert Jahren in Berlin wirkenden dänischen Literaturhistorikers Georg Brandes, „Probleme zur Debatte zu stellen“.

Ort der Ausstellung: Kiel, Kunsthalle, Düsternbrooker Weg 1

8. November bis 27. Dezember 1981

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonnabend 10 bis 18 Uhr, Mittwoch 10 bis 20 Uhr, Sonntag 10 bis 17 Uhr.

Während der Zeit der Ausstellung wurden verschiedene Sonderveranstaltungen durchgeführt: Vorträge, Filme, Puppenspiel, Konzerte.

Der Ausstellungskatalog, der auf etwa 400 Seiten ca. 200 Abbildungen und 20 Aufsätze enthält, kostet 35,— DM.

Ivo Braak – 75 Lebensjahre

Dieses „Jubiläum“ – mag es von dem Fünfundsiebzigjährigen nun als lästig oder fröhlich machend empfunden worden sein – gab den kulturbeflissenen Flensburgern Gelegenheit, den „SCHAUSPIELER, LEHRER, DICHTER“ Ivo Braak zu ehren, indem sie ihn mit Publikationen in Presse und Rundfunk und in Ansprachen, mit einer seinetwegen inszenierten Aufführung und den entsprechenden Rezensionen, im Programmheft und im Katalog einer Braak-Ausstellung würdigten. – Recht so!, kann der Mitbürger nur sagen, zumal der so Geehrte kein Canetti ist, der sich versteckt, sondern Theaterbesuchern und Zeitgenossen vielerlei Art aufgeschlossen begegnet. Und schließlich hat ihm die Stadt Flensburg nicht den Kulturpreis 1979 verliehen, um ihn seinen weiteren Weg unbeachtet gehen zu lassen.

Gerade recht zu dieser Lebensmarke erschien im Husumer Verlag der Roman „Tieden“. In ihm ist der Leser ganz bei Braak zu Hause, obwohl das Dithmarscher Platt (besonders dem Nicht-Niederdeutschen) manche Nuß zu knacken gibt, aber mit seiner Sprachkraft auch nicht wieder losläßt. Den Inhalt des Romans bildet die Entwicklung des Jungen Wille von der unbeschwerten Kindheit bis zur Rückkehr aus dem Zweiten Weltkrieg.

Im ersten Törn ruft ihm einmal die Mutter zu: „Los, to Bedd, spaar dien Traan, wi kriegt noch genug to wenen!“ Und de veerte Törn endet mit dem Entsetzen des Soldaten über die brennende Oper in Wien: „Ick muß mi tosammennehmen. Ach, wat heet tosammennehmen? Mi sünd de Tranen öwer de Backen lopen...“ So verstanden, bilden die vorwiegend im Dialog erzählten Erlebnisse in vier Lebensjahrzehnten die Grundlage nicht für Heimkehr und Weitermachen, sondern für einen Neubeginn in Existenz und Schaffen.

*

„Ja, reisen und in den Krieg ziehen, da lernt man, da wird man anders.“ Dies Wort des alten Dubslov in Fontanes „Stechlin“ bot 1945 der Generation Braaks bis hinab zu den 35- und hinauf zu den 45-jährigen die erste Chance, sofern sie „gelernt“ hatte und „anders“ geworden war. Neben den Dichtern und Schriftstellern von Gerhart Hauptmann über Hermann Kasack bis zu Erich Kästner, die trotz Hitler in ihrer Heimat ausgehalten hatten, gab es unter den Emigranten einen, der als Farmer in Amerika kein böses Wort über sein Heimatland geschrieben hatte: Carl Zuckmayer. Sein deutsches Märchen „Der Hauptmann von Köpenick“ inszenierte 1946 im Deutschen Haus der damalige Oberspielleiter Benno Hattesen, und Ivo Braak spielte an der Itzehoer Bühne 1947/48 nach Schillers Ferdinand die Titelrolle in Zuckmayers Drama „Des Teufels General“, das der Dichter dem

Andenken seiner „von Deutschlands Henkern aufgehängten Freunde“ gewidmet hatte.

Da Ivo Braak jedoch mehr von der Bühne erwartete, als auf ihr Rollen zu spielen, sie vielleicht sogar als Erziehungsmittel zu konzipieren unternahm, wurde er Dozent an der PH Flensburg (1948–1959) und 1960 bis zur Emeritierung 1973 an der PH in Kiel. Was er dafür (s. o.) „gelernt“ hatte und womit er „anders“ geworden war, darf gewiß als das Unkonventionelle bezeichnet werden. Seine öffentlichen Vorträge regten die Zuhörer zum Mitmachen an, seine Arbeitsgemeinschaften baute er als Meister des Dialogs auf, und sogar der „staatsprüfende“ Professor erweckte Vertrauen in dem Prüfling, indem er im Gegensatz zu der üblichen Examinatorenstrenge sich als Gesprächspartner gab.

Daß er als Dozent interessierte und entsprechend begabte Studenten seiner Hochschule zu Spielgruppen zusammenschloß, versteht sich, und mancher Flensburger wird sich der Freilichtaufführungen auf der Terrasse der PH angesichts der Förde („Jedermann“ und „Sommernachtstraum“) erinnern. Etwa in der Mitte der fünfziger Jahre gründete Braak zusammen mit dem Lehrer Peter Brunkert und mit höchstfachlicher Unterstützung durch den Altmeister Rudolf Mirbt die Laienspielwochen auf dem Scheersberg. Wenn die Erinnerung nicht trügt, bekam er ein Jahr nach dem ersten für Günther Weisenborn den zweiten Scheersbergpreis.

*

Auf vielfältige Weise haben sich in deutscher Sprache die Autoren nach dem Zweiten Weltkrieg mit der schuldhaften Vergangenheit auseinandergesetzt. Ivo Braaks „Driewsand“ (1952) spielt nicht nur unter Menschen unserer Tage, vielmehr muß dem Autor bescheinigt werden, daß ihm in diesem Spiel eine stellenweise faszinierende Verdichtung des niederdeutschen Wesens gelungen ist, naturalistisch zupackend und ohne sentimentale Schönfärberei oder aufgesetzte Biederkeit. Er scheut auch das Böartige nicht, dazu ist ihm sein Anliegen viel zu ernst. Wären diese Menschen von dem Ostpreußen Sudermann oder von dem Schlesier Hauptmann oder dem Bayern Thoma auf die Bühne gestellt, sie würden nicht nur anders sprechen, sondern auch anders denken und entscheiden.

Noch konzentrierter gelten solche Eigenheiten für das Ernsthaft Spill in drei Akten „Tein Johr un drie Daag“. Im Januar 1954 wurde unter der Regieführung von Eberhard Freudenberg im Bremer Rundfunk eine sorgfältige Hörspielbearbeitung gesendet. Im Juni 1955 folgte an der Speeldeel in Glückstadt die Uraufführung unter der intensiv bearbeiteten Einstudierung von Klaus Meinert.

In seiner bis zur Kargheit gestrafften Dialogführung greift das Spiel ein tiefes und ungelöstes Problem unserer Zeit auf: die Frage nach der Schuld, demonstriert an den ungeklärten Umständen beim gewaltsamen Tod eines Juden im Jahre 1938.

Während z. B. Max Frisch („Andorra“) seine Bitterkeit in den Mund von Kunstfiguren legt, sind es in Braaks Drama einfache Menschen, die mit den Ängsten und Erschütterungen jener Tage und ihren schuldhaften Konsequenzen nicht fertig werden können. – „Ein mutiges Stück, eine mutige Aufführung!“

Als drittes Beispiel für das von Braak erstrebte Volkstheater sei das jüngste Werk aus seinem Schaffen betrachtet. „De in düstern plöög“ erfuhr gelegentlich der Uraufführung 1978 an der Flensburger NDB eine ebenso kritische wie verständnisvolle Beurteilung durch unseren unvergessenen (Grenzfriedensbund-)Vorsitzenden Dr. Hans Peter Johannsen. Ausgangspunkt seiner Rezension: „Für die fruchtbare Entfaltung und den inneren Wert einer Sprache ist nicht zuletzt die Entwicklung der dramatischen Literatur dieser Sprache von entscheidender Bedeutung.“ Und sein Fazit: „Am Ende der mit sehr starkem Beifall bedachten Aufführung bestand der Eindruck, daß man Zeuge eines künstlerischen Ereignisses auf dem Gebiet niederdeutscher Bühnenkultur geworden war, welches zwar nicht alle Wünsche befriedigte, aber dennoch einen echten Theaterabend darstellte.“ Und was (s. o.) als „Wesen“ bezeichnet und gemeint war, das trifft Dr. Johannsen mit der Feststellung: „Die Hauptrolle im klassischen Sinne hatte Ivo Braak übernommen. Er gab äußerlich dem Altbauern die würdige Gestalt des angesehenen bäuerlichen Herrn auf dem Hofe, machte aber durch die eindringlich stille Sprechweise etwas von jener Last deutlich, die er ein Leben lang getragen hatte.“

Es besteht kein Zweifel darüber, daß Ivo Braak als Darsteller nicht bloß das Wesentliche der Rolle trifft, sondern auch als dichtender Rollenschöpfer damit zu überzeugen weiß. Wer des Dramatikers und des Darstellers Weg, weit über die Betätigung eines geschätzten Rezitators hinaus, mehr als ein Vierteljahrhundert verfolgt hat, kann mit Respekt feststellen, daß er dem Neuen der Zeit durchaus gerecht zu werden verstand, ohne sich um effekthaschende Modefaxen zu bemühen und ohne törichte und denkarme Doktrinen für sein Dichten und Spielen gelten zu lassen. Was „anders“ wird, das ist nicht nur Einsicht, sondern Reife geworden, Reife ohne Greisenhaftes, Reife im Verstehen der anderen und im Erkennen des Erreichten, der eigenen Situation und der jeweiligen Station.

Da er von der Jüngerschaft zu seinem Lehrer, dem Niederdeutsch-Professor Otto Mensing in Kiel, bis heute seinen Weg gegangen ist, bleibt ihm die poetische Intuition nicht nur für seine schriftstellerischen Veröffentlichungen bewahrt, sondern erfüllt auch seine Darstellungskunst. Und in Rollen anderer Autoren kommt noch eine Art intellektuelles Engagement als Vorarbeit für das Erfassen der „fremden“ Mentalität hinzu. Das gelang ihm sogar in einem dramaturgisch ungeschickten Stück wie „Rheinpromenade“ von Otto Carl Mühl, übersetzt in „Alldagsabend“, in dem die Rolle des alternden Mannes immerhin einen Hauch niederdeutschen Bedenkens mitbekam. Überrascht mögen viele Theaterbesucher

gewesen sein, daß Braak sich zu seinem „Jubiläum“ die Inszenierung von „Bahnmeister Dood“ (des 1921 verstorbenen niederdeutschen Dramatikers Hermann Boßdorf) gewünscht hatte. Und er gestaltete den unglücklichen Bahnwärter mit aller Härte und Effektivität, wie sich's der zu Sudermannschem Naturalismus neigende Verfasser wohl gedacht haben mag. Immerhin eine andere und nicht weniger wichtige Seite des Volkstheaters!

Im Gegensatz zu Paul Gruse und Detlef Delfs (deren Bemühungen um „Lachen un Trurigkeit, Gesang un Droom“ vor 30 Jahren zu wenig Verständnis fanden) steht Ivo Braak in Curt Timm, dem hauptamtlichen Leiter der NDB der Stadt Flensburg, für seine Bestrebungen ein Helfer mit Verständnis und Zustimmung und besonders organisatorischem Geschick zur Seite. Ein beachtlicher Erfolg dafür: die Fernsehaufnahme und bereits zweimalige Sendung im NDR-Programm! Wieviel Hübsches und Spaßiges gab es da in Paul Schureks Komödie „De kloke Anna“ für viele Mitmenschen, die sonst niederdeutsche Bühnenaufführungen nicht besuchen, zu sehen und zu hören! Besonders der gemütvolle und verschmitzte Vater Klaes, den Braak spielte, aber auch alle anderen Laienspieler erregten Wohlgefallen mit ihrem Volkstheater. – Hoffentlich bald wieder!

Horst Schwarze

Ernst Beier 80 Jahre alt

Am 1. Oktober wurde unser stellvertretender Vorsitzender 80 Jahre alt. Ernst Beier ist seit den Gründungstagen des Grenzfriedensbundes dabei. Er hat jahrzehntelang die Grenzfriedenshefte als verantwortlicher Redakteur betreut und ist – auch seit Jahrzehnten – als nächster Mitarbeiter des Vorsitzenden ein unermüdlicher und zuverlässiger Ratgeber gewesen.

Beier stammt aus einer Zeit, in der einem Arbeiterkind – sein Vater war Stukkateur – nicht viele Bildungschancen eingeräumt wurden. Er selbst wurde Buchdrucker und als Sozialdemokrat und Gewerkschafter ein Kämpfer für soziale Gerechtigkeit. Nach mancherlei Kränkungen, Benachteiligungen und bitteren Erfahrungen in den Jahren der Hitlerherrschaft hat Ernst Beier Verantwortung übernommen im Betriebsrat seiner Firma, als Kreisvorsitzender seiner Gewerkschaft und in der SPD, seit 1950 auch in wachsendem Maße im Grenzfriedensbund.

Für seine Verdienste erhielt er mehrfach hohe Auszeichnungen, so das Bundesverdienstkreuz am Bande und die Schleswig-Holstein-Medaille. Der Landesverband der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verlieh ihm – überreicht vom Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag, Klaus Matthiesen – zu seinem 80jährigen Geburtstag die Ehrenmedaille der Partei mit einer Urkunde, in der seine Treue und sein Einsatz für die Ziele der SPD gewürdigt

werden.

Ernst Beier hatte die Freude, zusammen mit seiner Frau in einer Verständnis- und liebevollen Partnerschaft seine Kinder heranwachsen zu sehen, denen die Zeit bessere Bildungs- und Lebenschancen einräumte als den Eltern. In diesem Jahre 1981 jedoch mußte er den Tod seines ältesten Sohnes, des bekannten Bildhauers Ulrich Beier, und – nur wenige Monate später – auch das Sterben seiner Ehefrau Marianne ertragen. Einige Wochen nach seinem Geburtstag ging Ernst Beier selbst ins Krankenhaus. Inzwischen ist er erfolgreich operiert worden.

Wir wünschen ihm für seine Genesung und für weitere Jahre bei guter Gesundheit herzlich alles Gute.

*

Dr. Werner Schmidt 70 Jahre alt

Am 23. Oktober wurde der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, Dr. Werner Schmidt, 70 Jahre alt. Gratulationen zu diesem Anlaß nahm er bei einem Empfang im Drathenhof im Freilichtmuseum Kiel-Molfsee entgegen. Dort würdigte – vor vielen anderen Rednern – Herr Dr. Stoltenberg, Ministerpräsident unseres Landes, die Lebensleistung dieses Mannes, der auch heute noch – in einem Alter, dem Rückschau, Ruhe und Beschaulichkeit gemäß wären – in vielfältiger Weise aktiv ist und „mitmischt“.

Dr. Schmidt stammt aus Hadersleben, wurde Jurist und war in verschiedenen Verwaltungs- und Wirtschaftsaufgaben tätig, ehe ihm für viele Jahre (1952-1967) das Amt des Bürgermeisters der Stadt Eckernförde übertragen wurde. Später wirkte er bis zu seiner Pensionierung als Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Innenministerium. Seit 1974 ist er Vorsitzender des SHHB und erfüllt diese Aufgabe mit starkem Engagement.

Der Grenzfriedensbund wünscht dem Jubilar zu seinem Geburtstag und für sein persönliches Wohlergehen herzlich alles Gute.

*

Dänische Volksgruppe besorgt um ihre Wettbewerbsfähigkeit

„Soll sich die dänische Volksgruppe im kulturellen Wettstreit des Grenzlandes behaupten, ist ein größerer materieller Einsatz vonnöten“. Das erklärte der Vorsitzende des Südschleswigschen Vereins (SSF), Ernst Vollertsen, am Sonnabend auf der Landesversammlung seiner Organisation im Husumhus in Husum.

Vollertsen sagte, deutsche Grenzverbände und andere Organisationen hätten ihre kulturellen und sozialen Aktivitäten derart ausgebaut, daß die Volksgruppe auf

diesem Sektor ins Hintertreffen geraten sei. Außerdem übe das breitgefächerte Angebot und die guten Einrichtungen deutscher Sportverbände in ländlichen Bezirken eine starke Anziehungskraft auf dänischorientierte Jugendliche aus. Nach den Worten des SSF-Vorsitzenden ist es für viele dänischorientierte Jugendliche heute nicht mehr von Bedeutung, ob ein dänischer oder deutscher Verein hinter dem Angebot steht.

Der SSF-Vorsitzende glaubt jedoch nicht, dieser kulturelle Einsatz sei direkt gegen die dänische Volksgruppe gerichtet. „Weil wir keine ebenbürtige Arbeit auf die Beine stellen können, besteht die Gefahr, unsere Jugendlichen könnten den Kontakt zur Volksgruppe verlieren“, betonte er. Dies würde Konsequenzen für die künftige dänische Arbeit an diesen Orten haben. Ebenfalls hätten ältere SSF-Mitglieder vielerorts nur die Möglichkeit, sich an der deutschen Altenarbeit zu beteiligen, weil auf dänischer Seite nur ein ungenügendes Angebot existiert. „Soll eine Minderheit bestehen können, muß sie in ihrer Arbeit der Mehrheitsbevölkerung ein paar Schritte voraus sein, und dies ist heute nicht mehr der Fall“, fügte Vollertsen hinzu.

Der SSF-Vorsitzende wies darauf hin, daß infolge der Sparmaßnahmen eine bedeutende Reduzierung des personellen Einsatzes der Volksgruppe erfolgt sei, und er erinnerte auch an den unzulänglichen Zustand vieler dänischer Einrichtungen, die noch aus den fünfziger Jahren stammen. Er meinte, die dänische Volksgruppe könne heute keine weiteren Kürzungen ihrer Zuschüsse hinnehmen, weil dies einen ernsten Einbruch im kulturellen Wettstreit im Grenzland bedeuten würde. „Zwar sind die Betriebskostenzuschüsse des dänischen Staates für unsere Arbeit den Preissteigerungen angepaßt worden, aber für Bauvorhaben gab es in den letzten Jahren keine Mittel von Bedeutung“, teilte Vollertsen mit.

Kritik übte der SF-Vorsitzende an der Bezuschussung der Volksgruppenarbeit durch das Land, die Kreise und Gemeinden. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß nur ca. 40 Prozent der Ausgaben der dänischen Minderheiten-Schulen und Kindergärten durch Zuschüsse von deutscher Seite abgedeckt würden. Dagegen finanziere der dänische Staat ca. 70 Prozent der Kosten der deutschen Schulen in Nordschleswig. Vollertsen betonte, die Volksgruppe könne nicht länger hinnehmen, daß die Landesregierung in Kiel sich jedesmal taub stelle, wenn eine finanzielle Gleichstellung deutscher und dänischer Schulen gefordert würde. Ministerpräsident Dr. Stoltenberg hätte eine nachhaltige Förderung der Kultur- und Sozialarbeit im Grenzland versprochen, aber statt der erhofften 10 Prozent sei der Landeszuschuß für die kulturelle und soziale Arbeit der Volksgruppe für 1982 nur um 7 Prozent erhöht worden. Dafür hätte SSF als Träger dieser Aktivitäten kein Verständnis. Umgerechnet auf jedes SSF-Mitglied erhielt die Volksgruppe 1980 einen Zuschuß von deutscher Seite in Höhe von DM 981,-. Dagegen leistete der

dänische Staat für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig einen Zuschuß von DM 2113,- pro Mitglied im Bund deutscher Nordschleswiger.

Vollertsen, der die dänische Volksgruppe auch im NDR-Rundfunkrat vertritt, wandte sich gegen Berichte, worin von einer deutschen Kulturoffensive in Zusammenhang mit deutschen Fernsehsendungen aus dem dänischen Nordschleswig die Rede war. Diese Sendungen basierten ausschließlich auf journalistischen Kriterien, und bisher habe man nur sehr saubere Sendungen erlebt.

Wie aus dem Jahresbericht des SSF hervorgeht, war 1980 ein schwaches Absinken der Mitgliederzahl um 126 auf 21 295 zu verzeichnen. Es war das erste Mal seit 1974, daß die Mitgliederzahl zurückging.

„Südschleswigscher Pressedienst“,
27.10.1981

*

„Minderheiten in Europa sollen ihre Identität nicht verlieren“

MdEP Gerd Walter erläuterte Straßburger Entschließung

Nach monatelangen Diskussionen verabschiedete das Europäische Parlament in Straßburg am Freitag einen Entschließungsantrag zu einer Gemeinschaftscharta der Regionalsprachen und -kulturen sowie zu einer Charta der Rechte ethnischer Minderheiten. Wie der SPD-Europaparlamentarier Gerd Walter in Flensburg im Rahmen einer Pressekonferenz betonte, sei dieser Antrag zwar nicht juristisch bindend, solle jedoch eine Richtung aufzeigen, die nicht zu einem zentralistischen Nationalstaat Europa führe, der Minderheiten nicht berücksichtige. So wird in dem Entschließungsantrag – der nach Walters Auskunft mit „breiter Mehrheit“ verabschiedet wurde – beispielsweise gefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Regionalsprachen und -kulturen vom Kindergarten bis zur Universität unterrichtet werden. Weiter soll den Minderheiten freier Zugang zu lokalen Radio- und Fernsehstationen gewährleistet werden. Für ihre kulturellen Veranstaltungen sollen Minderheiten proportional die gleiche organisatorische und finanzielle Hilfe erhalten wie die Mehrheiten. Walter merkte an, daß der Entschließungsantrag in allen Punkten nicht unbedingt auf Schleswig-Holstein anwendbar sei, da es sich um ein Konzept für das gesamte Europa handele. In dem Entschließungsantrag wird darauf hingewiesen, daß kulturelle Identität heute eines der wichtigsten geistigen Bedürfnisse darstelle. Die lebenden Sprachen und Kulturen könnten nur dann erhalten werden, wenn grundsätzlich die geeigneten und notwendigen Bedingungen geschaffen würden, die ihnen bei ihrer Entwicklung ständig dienlich seien.

Das Europäische Parlament beauftragte jetzt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission der EG, den Regierungen und regionalen Behörden der EG-Mitgliedsländer sowie dem Europarat zu übermitteln. Sollte sich der EG-Ministerrat für diesen Antrag aussprechen, so ist er nach Auskunft für alle EG-Staaten bindend.

„Flensburger Tageblatt“, 20.10.1981

*

Neuer Leiter in der HVHS Leck

Dr. Alfred Makus, seit 1970 Leiter der Heimvolkshochschule Leck, wurde am 1. Oktober 1981 in einer Feierstunde vom Vorsitzenden des Deutschen Grenzvereins, Dr. Hartwig Schlegelberger, verabschiedet. Mit ihm schied seine Ehefrau Ingrid, die sich in diesen Jahren um die Betreuung der Schulbesucher gekümmert hatte, aus dem Dienst. Beide erfuhren durch eine Reihe namhafter Redner hohes Lob, Dank und Anerkennung für ihre Arbeit in Leck. Dr. Makus selbst nannte sein Wirken dort eine Gemeinschaftsleistung, denn „alle haben ihr bestes gegeben, oft über offizielle Arbeitszeiten hinaus“.

Als Nachfolger stellten sich Dr. Erich Rohner und seine Frau Annelie vor. Dr. Rohner, 42 Jahre alt, war zuletzt Dozent und stellvertretender Leiter an der Akademie Sankelmark, die gleichfalls in der Trägerschaft des Deutschen Grenzvereins liegt.

Der gebürtige Oberschlesier wuchs in Oberhausen auf und studierte in Münster Philosophie, Theologie und Kommunikationswissenschaften. Dr. Rohner schloß mit dem Philosophikum sowie dem Diplom in Sprecherziehung ab. Außerdem promovierte er in Theologie. Vor seiner Tätigkeit an der Akademie Sankelmark – seit 1977 – war Rohner am theologisch-pastoralen Institut in Mainz sowie als Geschäftsführer und Dozent am Institut für angewandte Rhetorik und Methodik in der politischen Bildung an der Europa-Akademie in Otzenhausen/Saarland tätig.

*

Amtsbürgermeister Erik Jessen tritt in den Ruhestand

Zum Jahreswechsel verläßt eine der bestimmenden Figuren der letzten Jahrzehnte die politische Bühne des Grenzlandes: Amtsbürgermeister Erik Jessen (62) vom nordschleswigschen Kreis Sønderjylland tritt – wegen Krankheit früher als erwartet – in den Ruhestand. Fast 12 Jahre lang leitete er die Geschicke des Großkreises, davor war er ebenso lange Bürgermeister seiner Vaterstadt Apenrade. Praktisch seine gesamte berufliche (Inhaber eines Kaufhauses) und politische Laufbahn hat Erik Jessen der engeren Heimat gewidmet, – er blieb aber

kein engstirniger Lokalpatriot, sondern hat eine Arbeit geleistet, deren Wirkung weit über die Region hinausreicht. Nicht zuletzt seinem Einsatz für die Verständigung mit den deutschen Nachbarn ist es zu verdanken, daß man heute von einem modellhaften Zustand der Grenzlandverhältnisse, – wenn auch noch mit Schönheitsfehlern –, sprechen kann.

Dabei war es Erik Jessen gar nicht an der Wiege gesungen, daß er einst als der dänische Exponent des Ausgleichs mit den ehemaligen Feinden im Süden gefeiert werden würde. 1919 geboren wuchs er in der Zeit nach der Grenzziehung von 1920 auf, die nur vorübergehend von Entspannung gekennzeichnet war. Während der deutschen Besetzung Dänemarks kämpfte Jessen in der dänischen Widerstandsbewegung; nach dem Kriege war er Mitglied der national-engagierten Partei „Dansk Samling“, wünschte sich eine Anbindung Südschleswigs an Dänemark und hielt das drakonische Vorgehen gegen die deutsche Volksgruppe für richtig. Die Zeiten änderten sich, der Grenzkampf ebte ab, die Bundesrepublik wurde voll in die westliche Gemeinschaft integriert. Im Jahr seiner Apenrader Bürgermeisterwahl 1958 nahm Erik Jessen erstmals an den Flensburger Tagen teil; nun schloß er sich aus kluger Einsicht und ehrlicher Zustimmung der Auffassung seiner Kollegen aus den anderen nordschleswigschen Städten an, daß man – wie er jüngst in einem Interview sagte – „nicht länger immer wieder die harten Töne anschlagen“, sondern stattdessen das verbindende Gespräch mit dem neuen demokratischen Gemeinwesen jenseits der Grenze suchen sollte. Die ersten Dänisch- Deutschen Tage fanden dann auch in Apenrade statt.

In den folgenden Jahren, ab 1970 als Amtsbürgermeister, wurde Jessen mehr und mehr zum Träger und Motor der grenzüberschreitenden Kontakte von dänischer Seite, wobei er – mit Souveränität und Humor – keinen Hehl aus der Behauptung eines festen dänischen Standpunktes machte. Auf seine Initiative geht die Gründung des „Grenzforums“ zurück, in dem sich Vertretungs- und Verwaltungsspitzen vom Kreis Sønderjylland sowie von der Stadt Flensburg und den Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland regelmäßig treffen.

Jessen war es aber auch, der sich der von deutscher Seite angeregten Institutionalisierung dieser Zusammenarbeit in Form von Satzung, Vorstand und Sekretariat elegant widersetzte und für die Beibehaltung des pragmatischen Vorgehens plädierte. Dies geschah sowohl dem dänischen Prinzip getreu, sich nicht unnötig in verpflichtende Absprachen einbinden zu lassen, als auch aus der realistischen Erkenntnis heraus, daß ein aufgeblähter Apparat den gut-nachbarlichen Austausch nur belasten würde. Jessen heute: „Das Problem dieser Kontakte ist vielleicht, daß es zuwenig gemeinsame Probleme gibt, die es zu lösen gälte.“

Ebenso findet der scheidende Amtsbürgermeister es überhaupt nicht bedauerlich, daß die Deutsch-Dänischen Tage sich keines rechten Widerhalls in der breiten

Bevölkerung erfreuen; man solle sie ruhig vorerst auf der Ebene der sogenannten „Persönlichkeiten“, der Entscheidungsträger belassen.

Erik Jessens Stimme hat Gewicht im Grenzland, und so hörten die deutschen Nordschleswiger 1979 dankbar seine Äußerung, mit der er die Entscheidung der Partei der Zentrumsdemokraten als ungerechtfertigt kritisierte, das Wahlbündnis mit der Schleswigschen Partei aufzukündigen, weil der deutsche Kandidat Wilhelmsen sich als 17jähriger freiwillig zum deutschen Kriegsdienst gemeldet hatte. Jessen hält der Volksgruppe andererseits vor, sie habe sich seinerzeit nicht eindeutig genug von ihrer Vergangenheit während der Nazizeit distanziert; – dies ist jedoch nun Geschichte, stellt Jessen, der nach vorn schaut, fest. Er widerspricht wiederum Klagen der Volksgruppe, sie werde nach wie vor diskriminiert. Beim letzten „Deutschen Tag“ in Tingleff wurden ihm nichtsdestotrotz fast Ovationen dargebracht.

Anläßlich des Besuchs von Bundespräsident Scheel in Nordschleswig wurde Erik Jessen mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, und er nahm diese Ehrung mit Genugtuung entgegen. Für „natürlich“ hält der Ordensträger es jedoch, daß es noch dänische Vorbehalte den Deutschen gegenüber gibt, und daß die Dänen sich deutschen Umarmungen entziehen. Umso fester ist der freundschaftliche Händedruck, den er mit den Nachbarn austauscht. Von Jessen stammt auch das Wort, die viel-diskutierte „Klimaverschlechterung“ im Grenzland sei im Grunde nur eine „Kräuselung auf einem ansonsten ruhigen Meer“.

Das Grenzland muß nun ohne Jessen auskommen. Sein Nachfolger im Amtsbürgermeisterstuhl, der 36jährige Landwirt Kresten Philipsen (ebenfalls liberale Venstre), zitiert gern seinen Lehrmeister Erik Jessen, wenn es um deutsch-dänisches geht. Er dürfte die Gewähr dafür bieten, daß die Zusammenarbeit in Jessens Geist weitergeführt wird.

Jörgen Detlefsen